Nr. 7. 17. Jahrg.

Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 ₰.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 18. Februar 1899.

Inserate die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Ein Schreckensurtheil. — Was verursacht den Unternehmern schwere Stunden? — Zur Föderation der englischen Gewerkvereine. — Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Königsberg i. Pr. I. — Agitationsbericht der nordbayerischen Agitationskommission vom 1. Quartal. — Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung. — Erwiderung. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. Quittung über die im Januar bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder. — Korrespondenzen. — Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Bekanntmachung des Vorstandes.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

von Brillen- und Pincenezarbeitern nach **Rathenow** (H. Henne) D.;

von Drehern, Hoblern und Schlossern nach **Dresden** (Fischer & Wünsch) Str.;

von Fahrradarbeitern nach **Freiburg i. B., Cöln** a. Rhein (Staffelfahrradwerke) Str.;

von Feilenhauern 2c. nach **Speyer**, nach **Halle a. S.** (Ammendorfer Feilen- u. Maschinenfabrik) St.;

von Formern nach **Alt- und Neugersdorf** (Oberlausitzer Eisengießerei Thiele & Lindner), Str., nach **Döbeln** (Maschinenfabrik F. Haase) Str., nach **Halle** a. S.-Büschdorf (Jakobi), nach **Lauchhammer** M., nach **Nürnberg** (Schuckert) Str.;

von Klempnern nach **Köln a. Rh.** (Berghausen-Andreaskloster) L.;

von Metallarbeitern nach **Baden**, Schweiz (Brown, Boveri & Co.) Str., nach **Pößneck** (Camillo Walther);

von Nautischen Instrumentenmachern, Mechanikern 2c. nach **Christiania** [Norwegen], (Optiker J. C. Krohn);

von Polirern nach **Gablenz** (Riemann) St.;

von Reißzeugmachern nach **Nürnberg** (Eckert & Sohn) D.;

von Schlossern u. Schmieden nach **Itzehoe** (W. Wessel) R.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **welche überhaupt zu meiden sind**; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

Ein Schreckensurtheil.

Ein unglaubliches Urtheil hat in diesen Tagen die gesammte deutsche Arbeiterschaft bis in die tiefsten Tiefen ihres Gemüthes aufgeregt, ein Urtheil, das wie keines vor ihm den Zuchthauskurs kennzeichnet, unter dem unser Proletariat zu leben und zu leiden hat. Das Dresdener Schwurgericht hat über 9 Angeklagte Strafen verhängt, von denen manche der Todesstrafe an Wirkung gleichkommt, während sie ihr an Schrecken und Qualen überlegen sind. Aber, um die ganze Furchtbarkeit dieses Spruches begreifen zu können, müssen wir uns zunächst die Schuld der Angeklagten vergegenwärtigen, müssen uns dann aber auch die äußeren Umstände, unter denen sich dieser Prozeß abspielte, vergegenwärtigen. In dieser Sache muß Alles genau und aktengetreu festgelegt werden, denn nach Jahren, nach Jahrzehnten noch wird man immer und immer wieder daran erinnern müssen.

Am Abend des 6. Juli 1898 haben eine Reihe von Bauarbeitern in Löbtau bei Dresden, die in angeregtester Stimmung von einem Richtfest heimkehrten, ihren an einem Neubau noch arbeitenden Kollegen zugerufen, gleichfalls Feierabend zu machen und die von den Dresdener Bauarbeitern nach schweren und opferreichen Kämpfen errungene zehnstündige Arbeitszeit innezuhalten. Es sind darauf Schimpfworte hin- und hergeflogen, einige der Angetrunkenen suchten auch in den Neubau einzudringen; plötzlich eilte der Bauunternehmer, Klemm ist sein Name, herbei und schoß nach kurzem Wortwechsel zweimal mit einem Revolver. Er hat dabei auf einen Sandhaufen geschossen, aber die Arbeiter fühlten sich begreiflicherweise in ihrem Leben bedroht, stürmten in den Neubau, wo es zu einer Schlägerei kam, die eine große Menschenmenge auf der belebten Straße anzog. Der Bauunternehmer und Revolverschütze Klemm erhielt bei dieser Gelegenheit eine Tracht Prügel, die ihm aber keinerlei dauernden Schaden an seiner Gesundheit zufügte. Dies der ungeschminkte Thatbestand. Am anderen Tage wurden etwa 30 Personen verhaftet, elf von diesen wurden angeklagt und acht haben vom 7. Juli 1898 ab in Untersuchungshaft gesessen, obschon sie bis auf einen unbestrafte Familienväter waren und den Sachverhalt ohne Leugnen zugestanden hatten.

Nach der schier endlosen Untersuchungshaft kam nunmehr in den ersten Februartagen der Schwurgerichtsprozeß. Schon tagelang vorher pfiffen es in Dresden die Spatzen von den Dächern, daß in diesem Prozeß — die Angeklagten waren des Landfriedensbruchs, der Bedrohung, Körperverletzung usw. angeschuldigt — die Oeffentlichkeit werde ausgeschlossen werden. Das klang ganz unglaublich: warum die Oeffentlichkeit ausschließen in einem Falle, der in seinen Ursachen und Folgen so sonnenklar war? Aber das Unglaubliche wurde wahr, und nicht allein dies — das Gerücht wurde übertroffen, indem der Gerichtshof die Oeffentlichkeit auch schon bei der Berathung des staatsanwaltschaftlichen Antrages über den Ausschluß der Oeffentlichkeit aufhob. Keine Vehme konnte heimlicher tagen, keine sizilianische Maffia ihre Gebräuche wirkungsvoller mit dem Schauer der Anonymität umkleiden, als hier ein Schwurgericht im Rechtsstaate Deutschland einen Prozeß gegen Arbeiter führte. Staatssekretär v. Posadowsky sprach wenige Wochen vor diesem Prozeß davon, daß man sich in Deutschland der ausgiebigsten Rechtsgarantien erfreue; Posadowsky sprach davon **vor** dem Prozeß.

Nur spärliche Andeutungen über den Gang der Gerichtsverhandlungen sind aus den verschwiegenen Wänden des Schwurgerichtssaales in die Oeffentlichkeit gedrungen. Freilich, das Urtheil konnte nicht geheim gehalten werden, das gestattet nun einmal die Strafprozeßordnung nicht. Und dieses Urtheil ist schreckenerregend, über alle Maßen und Begriffe hart:

10 Jahre Zuchthaus u. 10 Jahre Ehrenrechtsverlust:
Bauarbeiter Ernst Paul Zwahr, 23 Jahre alt, ledig, einmal mit einer Geldstrafe von 35 ₰ vorbestraft.

9 Jahre Zuchthaus u. 10 Jahre Ehrenrechtsverlust:
Bauarbeiter Friedrich Hermann Otto Schmieder, 27 Jahre alt, verheirathet, unbestraft.

8 Jahre Zuchthaus u. 10 Jahre Ehrenrechtsverlust:
Zimmerer Karl Franz Moritz, 29 Jahre alt, verheirathet, unbestraft.

7 Jahre Zuchthaus u. 10 Jahre Ehrenrechtsverlust:
Zimmerer Johann Gottlob Gedlich, 27 Jahre alt, ledig, unbestraft und
Zimmerer Karl August Wobst, 49 Jahre alt, verheirathet, Vater von 7 Kindern, unbestraft.

6 Jahre Zuchthaus u. 10 Jahre Ehrenrechtsverlust:
Zimmerer Friedrich Wilhelm Leiber, 27 Jahre alt, verheirathet, vorbestraft und
Zimmerer Karl Max Robert Pfeifer, 31 Jahre alt, verheirathet, Vater von 3 Kindern, einmal wegen „groben Unfug" vorbestraft.

4 Jahre Gefängniß:
Zimmerer Ernst Heinrich Geißler, 39 Jahre alt, verheirathet, Vater von 3 Kindern, unbestraft, und
Zimmerer Moritz Theodor Hecht, 24 Jahre alt, verheirathet, unbestraft.

Stellt man sich den oben ohne Verschweigung auch nur eines einzigen wichtigen Umstandes angegebenen Thatbestand vor Augen, so begreift man zunächst gar nicht, wie ein solcher Gerichtsspruch nur von Menschen gefällt werden konnte. Aber verständlicher wird er schon, wenn wir uns die Liste der Geschworenen ansehen:

Karl Louis Braune, **Rentner** in Blasewitz.
Karl Hermann Beyer, **Rentner** in Kötzschenbroda.
August Günther Eduard Schulze, **Rentner** in Loschwitz.
Hermann Lindemann, **priv. Kaufmann** in Serkowitz.
Moritz Trepte, **Kaufmann** in Arnsdorf.
Otto Seeber, **priv. Apotheker** in Dresden.
Karl Richard Ulbricht, **priv. Apotheker** in Blasewitz.
Richard Weber, **Apotheker** in Königstein.
Kurt Mühlmann, **kgl. Oberförster** in Loschwitz.
Hermann Schramm, **kgl. Oberförster** in Rosenthal.
Karl Kluge, **Rittergutsbesitzer** in Steinbach.
Oskar Schanze, **Regierungrath a. D.**, Dr. jur. in Dresden.

Die Namen der Richter, die das Zuchthausurtheil sprachen, sind: Landgerichtsdirektor Frommhold, Landrichter Waurik und Assessor Freiherr v. Teubern.

Also oben auf dem Tribunal nur Vertreter der satten Bourgeoisie, Kapitalisten oder solche, die dem kapitalistischen Klassenstaate dienten; unten aber auf der Armensünderbank Arbeiter, nur Arbeiter — wie in einem Kriegsgericht Sieger und Besiegte. Nirgends hat der leidenschaftliche Kampf gegen die Arbeiterbewegung solche Formen angenommen, wie in Sachsen, wo man die Arbeiter politisch rechtslos machte, um sie wirthschaftlich erfolgreicher ausbeuten zu können; nur in Sachsen, wo die gegenseitige Erbitterung bis zur Weißgluth aufgepeitscht ist, war dies Urtheil möglich. Aber daraus geht auch hervor, daß wir das Recht haben, dieses Urtheil als objektiv ungerecht zu betrachten. Alle mildernden Umstände, die den Angeklagten im einzelnen wohl zuzubilligen waren, mußten diesen Geschworenen nichtig erscheinen vor dem einen einzigen Verbrechen, das ihnen schlimmer erschien als Landfriedensbruch, vor dem Verbrechen — Arbeiter zu sein!

Das sächsische Regierungsblatt hat das Bedürfniß gespürt, den Ausschluß der Oeffentlichkeit zu „rechtfertigen"; es hat gesagt, man habe die Zeugen vor Beeinflussung schützen wollen, weil man habe voraussehen können, daß schwere Strafen verhängt werden würden. Man hat es können voraussehen? Was man doch alles „voraussehen" kann!

* * *

Mit einem einzigen Schrei der Entrüstung ist das Urtheil von den deutschen Arbeitern aufgenommen worden. Man hat Vergleiche angestellt, man hat historische Erinnerungen an ähnliche Urtheile aus früheren Zeiten und anderen Ländern hervorgesucht: aber das zu sagen, was jedem auf der Zunge brannte, gestatten weder unser Strafrecht noch das Preßrecht; das muß erst noch im Parlament geschehen. Einstweilen aber war es mit Freuden zu begrüßen, daß die Vertretung unseres Proletariates, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion keinen Augenblick gezögert hat, die Sache der Löbtauer „Zuchthäusler" zu der ihren zu machen. Dieser Prozeß muß politisch gewerthet, politisch behandelt werden. In jenen Unglücklichen ist die ganze deutsche Arbeiterschaft getroffen worden: sie hat die Ehrenpflicht, nachdem durch den Revisionsverzicht der Verurtheilten jede Möglichkeit einer Aenderung des Spruches genommen worden ist, die mehr als fünfzig Angehörigen in ihre sorgende Obhut zu nehmen. Und sie wird diese Ehrenpflicht erfüllen!

Die gierige Preßmeute des profitwüthigen Unternehmerthums hat die Unglücklichen als ein Opfer der „Verhetzung" bezeichnet und meint dadurch sie in üblen Ruf bringen zu können. Das soll jenen feilen Soldknechten nicht gelingen. Jawohl, wir stehen für die unglücklichen Opfer einer beklagenswerthen Verfehlung ein, jawohl wir betrachten sie als die Unseren, wir wissen, es waren brave Arbeiter, ehrliche Mitkämpfer. Es gibt eine Antwort auf das Dresdener Zuchthausurtheil; sie heißt: Hinein in die Organisationen! Glaubten jene Richter, vielleicht unter dem Eindrucke wohlbekannter Worte, die aufstrebende Arbeiterschaft zu schrecken, so haben sie falsch geglaubt. Einer für alle, alle für einen, so haben wir es stets gehalten. Die Arbeiterbewegung kann nicht zurück, das hieße unsere ganze Kultur aufgeben; deshalb trotz alledem und alledem

Vorwärts!

Wer verursacht den Unternehmern schwere Stunden?

In der bekannten Oeynhauser Bankettrede besprach der deutsche Kaiser die aus dem Streit mit den Arbeitern für die Unternehmer entspringenden „schweren wirthschaftlichen Stunden" und er versprach den mit der kaiserlichen Huld beglückten Herren wirksame Hilfe in Gestalt einer Zuchthausvorlage. Diese, wie übrigens auch frühere Aeußerungen lassen erkennen, daß sich der Kaiser auch mit dem Studium der sozialen Frage beschäftigt oder, vielleicht genauer gesagt, mit dem gegenseitigen Verhältniß von Arbeit und Kapital und daß er, nach der Oeynhauser Rede zu urtheilen, erst in die eine Hälfte, nämlich des Kapitals tiefer eingedrungen ist. Das Studium der ganzen sozialen Frage, also auch der anderen Hälfte, nämlich der Arbeit, zeigt, daß diese insbesondere viele schwere Stunden zu bestehen hat, schwere Stunden ganz anderer Art als die der rheinisch-westfälischen Unternehmer sind. Im gewöhnlichen Leben versteht man unter schweren Stunden die Sorge um die Existenz, um die Erhaltung des Lebens, versteht man Noth, Kummer und Entbehrung, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, schlechten Verdienst usw. Und daß diese in erster Linie und in großer Ausdehnung bei den Besitzlosen, bei den Arbeitern vorhanden sind, darüber ist alle Welt einig. Daß aber auch die Besitzenden ihre schweren Stunden haben mögen, soll gar nicht bestritten werden, nur möchten wir deren Ursachen nicht den Arbeitern zur Last legen. Wenn sie für genügende und rentable Geschäftsaufträge sorgen müssen, um ihre Betriebe im Gange zu erhalten, so geschieht dies zunächst im eigenen Interesse; in Rücksicht auf das angelegte eigene und fremde Kapital, auf die Erzielung eines großen Einkommens in Gestalt eines fetten Geschäftsgewinnes, auf die Vermehrung des eigenen Reichthums und erst in zweiter Linie in Rücksicht auf die Arbeiter. Die Aktiengesellschaften und ihre Prosperität zeigen übrigens, daß die Kapitalisten diese Sorgen abzutreten verstehen an Direktoren und andere Beamte und sich nur noch gegen glänzende Bezahlung als Aufsichts- und Verwaltungsräthe bethätigen, sowie als Aktionäre die Dividenden einstecken, welche von den Arbeitern im Schweiße ihres Angesichts und gegen schlechte Entlohnung erarbeitet werden. Soweit Streitigkeiten mit den Arbeitern und als dabei mitlaufende Begleiterscheinungen „schwere Stunden" für die Unternehmer vorkommen, sind sie daran in 99 von 100 Fällen selbst schuld. Immer nur einseitig darauf bedacht, unter allen Umständen und mit brutaler Rücksichtslosigkeit den eigenen Vortheil zu wahren und zu diesem Zwecke die Arbeiter in jeder Beziehung niederzuhalten, werden diese provozirt, von Zeit zu Zeit an ihrem Joche zu rütteln und Erleichterung zu versuchen. Darüber entrüsten sich die Herren sehr, das ist genugsam bekannt und es mag ihnen das, wenn auch noch so berechtigte Vorgehen der Arbeiter mitunter „schwere Stunden" bereiten. Dagegen hilft aber kein Zuchthausgesetz, sondern einzig und allein eine Aenderung der kapitalistischen Taktik in Gestalt höherer Achtung und Werthschätzung der menschlichen Arbeit, in Gestalt auskömmlicher Entlohnung der Arbeiter, Beschränkung der Arbeitszeit, um auch dem Arbeiter Zeit zu geben, Mensch zu sein, in Gestalt anständiger Behandlung, in Gestalt der Achtung der bürgerlichen und politischen Rechte des Arbeiters usw.

Uebrigens haben bisher die „schweren Stunden" dem persönlichen Wohlergehen der Unternehmer nicht im Geringsten geschadet. Die Herren strotzen meist von Gesundheit, sind meist in Folge sehr guter und reichlicher Ernährung mehr oder weniger korpulent und kräftig, treiben alle möglichen Arten von Sport und erreichen ein Durchschnittsalter von 50 Jahren, während dasjenige der Arbeiter nur 32 beträgt.

Interessanter Weise sind aber in den letzten Monaten den Unternehmern ganz unerwartet von einer Seite schwere Stunden bereitet worden, von der man es am allerwenigsten erwarten konnte. Wir meinen die zahlreichen Ausweisungen, die in Schlesien, Schleswig-Holstein, Berlin und im Rheinland von der höheren Polizei ausgeführt wurden. Die Ausgewiesenen sind meistens Dänen, Oesterreicher, Russen und Holländer. Verbrochen haben sie nichts — nur ihre Eigenschaft als Ausländer gilt als Verbrechen! Sie sollen das Deutschthum „gefährden", in Schleswig-Holstein gar die Losreißung von Preußen und Wiedervereinigung mit Dänemark anstreben, d. h. eigentlich nicht die ausgewiesenen dänischen Arbeiter, Knechte und Mägde, sondern ihre Herrschaften, die aber das preußische Staatsbürgerrecht besitzen und denen man daher wegen ihrer dänischen Sympathien nichts anhaben kann; die Ausgewiesenen mußten so als Prügelknaben und Prügelmädchen für die mißliebige Gesinnung Anderer büßen. Es sollen etwa 400 Dänen, etwa 100 Oesterreicher und außerdem eine Anzahl Russen und Holländer ausgewiesen worden sein.

In den Augen der Junker und Junkergenossen ist die Verfolgung andersgesinnter Personen immer der Beweis für das Vorhandensein einer „starken Regierung". Demnach war die Bismarck'sche Regierung am stärksten zur Zeit des Kulturkampfes und der Sozialistenverfolgungen unter dem Ausnahmegesetz, und die Caprivi'sche Regierung war deswegen keine „starke", weil sie es unterließ, polizeiliche Treibjagden auf einen Theil der Bevölkerung zu betreiben. Jetzt haben wir wieder eine starke Regierung in Preußen, einen Recke, der kurz das Niederschießen der Bürger in den Straßen proklamirt, einen Köller, der in Schlewig-Holstein haust, wie ein kleiner Nero und „starke Regierungsmänner" überall.

In den Augen aller gesitteten Menschen sind aber solche starke Regierungsthaten nichts Anderes als Barbareien, die nicht scharf genug verurtheilt werden können! In unserer Zeit der allgemeinen Volksbildung sollten die Regierungen die höchsten Exekutivorgane der Verwaltung von Sachen sein und eine Regiererei der Person nur insoweit stattfinden, als es sich um den Schutz der Schwachen gegen die Starken handelt. Die jetzige Regiererei von Personen hat es gerade mit sich gebracht, daß man überall nationale Gefahren sieht: in Polen, in Elsaß-Lothringen, in Schlesien, in Schleswig-Holstein usw. Annektirte Völker kann man eben nur dann mit der neuen Ordnung versöhnen, wenn man ihnen mehr und Besseres bietet, als die früheren Regierungen geboten haben und gleichzeitig bieten. Wie richtig diese Auffassung ist, zeigt die Schweiz. Weder die Deutschschweizer wünschen Anschluß an Deutschland, noch die Welschen Anschluß an Frankreich, noch die Tessiner Anschluß an Italien — kein Mensch hat darnach Sehnsucht! Ihre demokratische und nationale Regierungsform erhebt sie eben thurmhoch über die politischen Zustände ihrer Stammesgenossen in den Nachbarländern. Daraus sollten alle Regierungen Lehren ziehen und davon praktische Nutzanwendung machen.

Die Ausweisungen haben in den Nachbarländern böses Blut gemacht und in Oesterreich wie in Rußland hat man offiziell und offiziös mit Repressalien gedroht, d. h. mit der Ausweisung von Deutschen. In Dänemark finden die Repressalien auf geschäftlichem Gebiete ihren Ausdruck. Seit die Ausweisungen begonnen, sind von dänischen Geschäftsleuten in zahlreichen Fällen die Verbindungen mit der deutschen Geschäftswelt abgebrochen worden, desgleichen aber auch aus stammesverwandtschaftlicher Solidarität von Geschäftsleuten in Schweden und Norwegen. In den drei Ländern selbst werden deutsche Artikel in den Geschäften vom Publikum boykottirt, ohne daß — leider! — deutsche Richter wegen „groben Unfug" verurtheilen können.

Eine ganze Reihe bezüglicher Zuschriften an deutsche Unternehmer sind in der Presse veröffentlicht worden, um zu zeigen, wohin eine solche Barbarei führt und auch als Beweise für die „schweren wirthschaftlichen Stunden", welche den deutschen Unternehmern daraus erwachsen sind. Nur eine derselben sei hier wiedergegeben. Sie rührt vom Kopenhagener Vertreter einer bedeutenden deutschen Firma her und lautet: „Leider habe ich die traurige Nachricht zu machen, daß ich jetzt merken kann, daß die Ausweisungen in Nordschleswig künftig auf meine Geschäfte für Ihre werthe Firma influiren werden. Ein Kunde, und sogar ein großer Abnehmer, will mir absolut nicht mehr abkaufen und mehrere haben mir ganz ernstlich gesagt, daß sie, wenn die Zustände sich nicht baldigst ändern, auch ganz und gar Abstand von Deutschland nehmen wollen. Es ist in der That auch eine Sache, die jeden „Rechtdenkenden" aufregen muß, und geschäftlich sehr traurig beiderseits."

Ein Stockholmer Blatt, „Aftenbladet", proklamirt förmlich den „ökonomischen Skandinavismus", denn es schreibt: „Ein bemerkenswerthes Zeichen des „ökonomischen Skandinavismus" gibt Norwegen. Dort haben verschiedene hervorragende Firmen in Christiania ihre deutschen Verbindungen abgebrochen, und man erwartet, daß die Bewegung einen ziemlich bedeutenden Umfang annehmen wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei dem starken Wettbewerb, der unter den großen industriellen Staaten Deutschland, England, Nordamerika und Frankreich herrscht, diejenigen, die die Ausfuhr dieser Länder verbrauchen, sehr scharfe Waffen gegen sie in der Hand haben. Besonders Deutschland gegenüber, woher wir (Schweden) einen großen Theil unserer Einfuhr beziehen, würde eine schwedische Bewegung — wozu sich ebenfalls Neigung gezeigt hat — in derselben Richtung wie in Dänemark und Norwegen sich dazu eignen, einen starken Eindruck in so gut wie allen deutschen Geschäfts- und Industriezweigen hervorzurufen." Andere schwedische Blätter schreiben ebenso.

Welche große handelspolitische Bedeutung die nordischen Länder für die deutsche Industrie haben, zeigt die Handelsstatistik. Darnach betrugen Deutschlands Aus- und Einfuhr nach und von:

	Ausfuhr	Einfuhr
	in Millionen Mark	
Dänemark . . .	97,4	58,2
Schweden . . .	78,9	74,0
Norwegen . . .	48,3	19,1
Total .	224,6	141,3

Deutschland exportirt nach diesen drei Ländern für 83 Millionen mehr, als es denselben abkauft. Dasselbe ist im Handelsverkehr mit Holland der Fall. Die deutsche Ausfuhr dahin betrug 1896 262,3 Millionen, die Einfuhr von dorther aber nur 162,6 Millionen, um 100 Millionen Mark weniger. Der Schaden, den die deutsche Industrie durch die Ausweisungen bereits erlitten haben soll, wird auf 30 Millionen Mark geschätzt. Einen solchen immensen Schaden haben sämmtliche Streiks, so lang das deutsche Reich besteht, der Industrie nicht zugefügt!

Wie widerspruchsvoll ist doch die deutsche Politik! Da fährt man unter großem Kostenaufwand mit gepanzerter Faust in dem Weltmeer umher, um neue Kolonien und neue Absatzgebiete für Deutschlands Industrieprodukte zu erwerben; da wendet man sich an die schmutzigen, noch unendlich tief stehenden Neger in Afrika, an die schmutzigen Chinesen in Asien, um neue Käufer zu gewinnen und stößt gleichzeitig kulturell sehr hochstehende Nachbarvölker, die mit uns seit Jahrhunderten alte, tausendfache Verbindungen unterhalten und für die deutsche Industrie sehr gute und bequem gelegene Absatzgebiete bilden, mit brutaler, durch nichts gerechtfertigter Politik zurück.

Das ist eine einschneidende und weittragende Beunruhigung der deutschen Industrie, eine so empfindliche Schädigung, daß wir ohne Weiteres die Klage für wahr und berechtigt halten, daß daraus für die deutschen Unternehmer „schwere wirthschaftliche Stunden" resultiren. Beim Erscheinen der Zuchthausvorlage werden wir daran erinnern.

Zur Föderation der britischen Gewerkvereine.

Aus London schreibt man der „Leipziger Volkszeitung" vom 27. Januar; Der Gedanke des Abschlusses einer engeren Verbindung der gesammten Gewerkvereine zum Schutz und zum Trutz gegen den Kapitalismus ist in England nicht neu. Schon lange vor der Tagung des Gewerkvereinskongresses in Manchester, der endlich diesen Gedanken verwirklichen sollte, hegten die englischen Arbeiter, Männer sowie Frauen, den Wunsch, daß die Hilfsmittel der Gesammtheit dem einzelnen Gewerkverein, der in den Kampf mit dem Unternehmerthum verwickelt wurde, zur Verfügung stehen sollten. Schon vor der Abschaffung des Gesetzes, das Vereinigungen untersagte, bestand unter den Gewerkvereinen eine Art lockeren Verbandes, der es den Mitgliedern einer Trade Union ermöglichte, auf die von einer anderen Union angesammelten Gelder zu rechnen.

Im Jahre 1830 wurde der Nationalverband zum Schutz der Arbeit gegründet, der den Wunsch der Arbeiter nach einem engeren Zusammengehen verwirklichen sollte. Aber es war nur ein kurzer Traum; nach zweijährigem Bestehen löste sich dieser Verband auf und wurde im Jahre 1833 durch Robert Owens Große nationale konsolidirte Trade Union ersetzt, die bald Mitglieder nach Hunderttausenden zählte. Aber auch dieser Verband ging nach wenigen Jahren in Stücke, und die Gewerkvereine begnügten sich mit der gruppenweisen Verbindung, die bis 1845 anhielt. In jenem Jahre wurde ein abermaliger Versuch gemacht, sämmtliche Gewerkvereine auf nationaler Grundlage zu vereinigen; aber er wurde nicht von dauerndem Erfolg gekrönt. Denn im Jahre 1866, als die Trade Unionen viel unter Arbeitssperren und sonstigen Angriffen gewissenloser Unternehmer zu leiden hatten, denen die organisirte Arbeiterschaft ein Dorn im Fleisch war, wurde in Sheffield die Allianz der organisirten Gewerke für das vereinigte Königreich gegründet. Aber die Schwierigkeit, von den Mitgliedern die Auflagen einzutreiben, bereitete auch diesem Nationalverband, wie den anderen vor ihm, ein baldiges Ende. Er ging ums Jahr 1870 ein.

Die Einrichtung von Jahresversammlungen der Gewerkvereine hat aber die Angelegenheit auf dem Tapet erhalten. Seit 1869 ist kaum ein einziger Gewerkvereinskongreß abgehalten worden, auf dem nicht in dieser oder jener Form der Gedanke einer Föderation

der auf die Arbeiterführer einen ganz besonderen Reiz ausübte, zur Sprache kam. Im Jahre 1874 wurde thatsächlich eine solche Föderation organisirter Gewerkvereine gegründet, von der man aber nicht viel gehört hat. In Edinburg wurde 1879 die Sache abermals in Gang gebracht und der parlamentarische Ausschuß vom Kongreß damit beauftragt, die Statuten auszuarbeiten. Das geschah, und diese Statuten wurden an die Einzelverbände abgeschickt, aber höchstens ein halbes Dutzend nahmen davon Notiz. Im Jahre 1882 und wiederum 1890 wurde die Föderation angeregt, doch erst im Jahre 1894 kam es zur Ernennung eines besonderen Ausschusses, der einen umfangreichen Bericht ausarbeitete und Statuten aufstellte. Sie wurden im folgenden Jahre dem Kongreß in Cardiff zur Besprechung vorgelegt, allein der dort entbrannte Kampf zwischen den älteren Trade Unionen und den neuen sozialistischen Gewerkvereinen brachte die Sache in Vergessenheit.

Schließlich befaßte sich der 1897 nach Birmingham einberufene Kongreß ernstlich mit der Sache, und setzte einen zahlreichen Ausschuß ein, an dessen Spitze er Knight, den Vorsitzenden des Verbands der Kesselschmiede, stellte. Dieser Ausschuß arbeitete einen kurzen Bericht aus, der auch dem Kongreß in Bristol voriges Jahr sammt den Statuten vorgelegt wurde. Durch die Vorgänge in Cardiff belehrt, kam der Kongreß zum richtigen Entschluß, daß eine so hochwichtige Angelegenheit nicht auf einer gewöhnlichen Jahresversammlung übers Knie gebrochen werden könne. Es wurde daher ein Sonderkongreß einberufen, der am 24. Januar in Manchester zusammengetreten ist zur Besprechung der vom parlamentarischen Ausschuß ausgearbeiteten Verfassung des allgemeinen Verbandes. Bemerkenswerth ist, daß der Wunsch nach einer engeren Verbindung von jeher in den am wenigsten organisirten und daher schwächeren Gewerkvereinen am stärksten war.

Ein Umschlag hat sich erst in den letzten zwei Jahren bemerklich gemacht. Früher waren es die großen Unionen der Textilarbeiter, der Kesselschmiede, der Maschinenbauer und der Grubenarbeiter 2c., die sich gegen den Föderationsgedanken ablehnend verhielten. Diese großen und reichen Verbände hielten sich für stark genug, um die vom Unternehmerthum gegen sie gerichteten Angriffe abwehren zu können. Aber die Lehren der zwei großen Ausstände im Maschinenbaugewerke und in den Kohlenfeldern von Südwales sind auch an diesen großen Verbänden nicht ganz verloren gegangen. Ohne Zweifel hat auch die Gründung des Verbandes der Industriellen im letzten Herbst viel dazu beigetragen, um die gesammte Arbeiterschaft auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die auch dem starken Einzelverband droht, wenn er sich den vereinigten Hilfskräften eines gewaltigen Unternehmerverbandes gegenübersieht. Daß Eintracht stark macht, haben die Unternehmer durch die erfolgreiche Arbeitssperre im Maschinenbaugewerke erkannt. Es war höchste Zeit, daß auch die Gewerkvereinler nach diesem erprobten Grundsatze handelten.

Die Gründung der Föderation hat drei Tage in Anspruch genommen; die Hauptsache wurde an den ersten zwei Tagen erledigt, da schon am Dinstag der vom parlamentarischen Ausschuß vorgeschlagene Name mit dem Abschnitt über die Ziele der Vereinigung mit einer Mehrheit von 756,000 gegen 204,000 Stimmen angenommen wurde, während am Mittwoch die Verfassung der Föderation, die in einem Generalrath sammt Verwaltungsausschuß gipfelt, sowie die Statuten des Verbandes erledigt wurden.

Alle diese Geschäfte wurden äußerst rasch zu Ende geführt. Der geschäftsmäßige, leidenschaftslose Ton der Reden war bemerkenswerth. Man hat keine Zeit vergeudet und doch alle Punkte des Planes von allen Seiten beleuchtet. Wie vorauszusehen war, machten sich in den Erörterungen die beiden Strömungen geltend, die seit Jahren die Lösung der Frage erschweren. Auf der einen Seite standen die großen Verbände, die der Textilarbeiter, Grubenarbeiter und Kesselschmiede 2c., die eine engere Verbindung der verwandten Gewerke verlangten, die der Föderation aller Gruppen vorausgehen solle. Auf der anderen Seite standen als Vertreter der Verbindung sämmtlicher Gewerkvereine die Männer, die die Beilegung der zwischen verwandten Gewerken bestehenden Streitigkeiten nicht als Hinderniß der Föderation ansahen.

Im Generalrath werden nur thätige Arbeiter oder Beamte von Gewerkvereinen Sitz haben; Berufspolitiker sind ausgeschlossen. Gewerkvereine mit einer Mitgliederzahl bis 10,000 schicken einen Abgeordneten, zwischen 10,000 und 25,000 zwei, zwischen 25,000 und 50,000 drei und über 50,000 vier Abgeordnete.

Der Verwaltungsausschuß wird sich nicht, wie Mawdsley von den Textilarbeitern wünschte, blos mit den Finanzen befassen, sondern er hat Befugnisse erhalten, die es ihm erlauben, vor Ausbruch eines industriellen Streiks vermittelnd einzuschreiten.

Die Statuten wurden im ganzen nach dem Wortlaut des vom parlamentarischen Ausschuß gemachten Entwurfes angenommen. Die Beiträge der Mitglieder der Gewerkvereine wurden folgendermaßen festgesetzt: Ein halber Penny (5 ₰) Eintrittsgeld für jeden Gewerkvereinler, wobei 9/10 der Mitglieder als zahlungsfähig angenommen werden. Zwei Auflagen, eine höhere und eine niedrigere, werden an die Föderationskasse geleistet; die höhere Auflage ist sechs Pence (50 ₰) im Vierteljahr für jedes Mitglied, und die niedrigere beträgt nur die Hälfte. Dieser doppelten Skala entsprechend wird auch an ausständige Mitglieder eine Zahlung von entweder 5 oder 2½ Schilling geleistet.

Trotzdem, daß kein Gewerkverein gezwungen ist, der Föderation beizutreten, und, wie verlautet, die Textilarbeiter und vielleicht die Grubenarbeiter nicht beitreten werden, so ist doch die Gründung der Föderation gesichert. Angenommen auch, daß die Zahl der beitretenden Mitglieder eine Million nicht übersteigt, so ist doch von diesen allein in doppelten Beiträgen eine Einnahme gesichert, die es ermöglicht, an Streikgeldern 4 Millionen Mark jährlich zu zahlen.

Aber die Föderation der Gewerkvereine hat zum Ziel die Erhaltung des industriellen Friedens, und der leitende Ausschuß wird in diesem Sinne handeln. Bis diese aus 15 Mitgliedern bestehende Behörde erwählt ist, wird der parlamentarische Ausschuß des Gewerkvereinskongresses, dessen Schriftführer Sam Wood ist, die Geschäfte der Föderation leiten.

Die Aufgaben des Bundes wurden so formulirt: Die Aufrechterhaltung der Koalitionsrechte der Arbeiter; die Verbesserung der Lage der Arbeiter in jeder Beziehung durch Betreibung einer Politik, die ihnen zu der Macht verhilft, die wirthschaftlichen und sozialen Umstände zu bestimmen, unter denen sie zu leben und zu arbeiten haben; die Konsolidirung der Arbeiter zu einer Gesammtheit; die Sicherung einheitlichen Handelns bei allen Gesellschaften, die den Bund bilden. Ferner den wirthschaftlichen Frieden zu fördern und mit friedlichen Mitteln, wie Schiedsgerichten oder dauernden Einigungsämtern, Arbeitseinstellungen oder Arbeitsausschlüsse zwischen Unternehmern und Arbeitern, oder auch Zwistigkeiten zwischen gewerkschaftlichen Organisationen zu hindern, und auch, wo Zwistigkeiten ausgebrochen sind, sie nach Recht und Billigkeit zu schlichten. Schließlich: die Errichtung eines Fonds für gegenseitige Unterstützung und zur Durchführung der bevorstehenden Aufgaben.

Lohn- und Arbeits-Verhältnisse in Königsberg i. Pr.

I.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Königsberger Schmiede wurden in einer Versammlung am 29. Januar in der Phönixhalle besprochen. Die Versammlung war vom Deutschen Metallarbeiterverband arrangirt, und hatten vorher Erhebungen über Arbeitszeit, Lohnhöhe, Strafgelder, Behandlung und sanitäre Zustände stattgefunden.

Der Referent Kollege Rohrlack aus Berlin führte etwa folgendes aus: Durch die kapitalistische Produktion sei die Lage der Arbeiter zum großen Theil auf einen Stand herabgedrückt, der nur den Namen Elend verdient und dabei sei schwerste Arbeit noch die Vorbedingung, um überhaupt zu existiren. Die Gewerkschaften erstreben die Verbesserung dieser Zustände. Will man bessere Verhältnisse, so müsse man die Lage erst erkennen. Die heutige Gesellschaft thut wenig oder gar nichts in dieser Richtung, und daher müssen die Gewerkschaften auch diese Arbeit verrichten. Große Schwierigkeiten stehen hier im Wege. Die überaus mangelhafte Schulbildung der Arbeiter mache es aussichtslos, daß Fragebogen von diesen selbst ausgefüllt werden, daher sei der Weg gewählt, daß in vorher stattgefundenen Besprechungen nach Art einer Enquete die Verhältnisse ermittelt seien. Die Erhebungen betreffen 4 Großbetriebe mit 630 Schmieden, 7 Kleinbetriebe mit 43 Gesellen und 5 Lehrlingen, insgesammt also 11 Betriebe mit 673 Arbeitern. Von diesen 673 Schmieden sind jedoch nur **36** (!) organisirt. Kein Wunder, daß zum Theil geradezu erbärmliche Löhne gezahlt werden. Die Arbeitszeit beträgt für 260 Schmiede im Großbetrieb 10½ Stunden, für 370 Schmiede im Großbetrieb 10 Stunden, bei 6 Kleinmeistern 12 Stunden, bei nur einem Kleinmeister 10 Stunden pro Tag. Ueberstunden werden im Großbetrieb namentlich bei der Firma E. Steinfurt von den Kesselschmieden verlangt. Nacht- und Sonntagsarbeit wird im Großbetrieb nur in besonderem Nothfall (Reparaturen und dergleichen) verlangt. Es sei nothwendig die Leute dem Namen nach kennen zu lernen, welche am Ende des 19. Jahrhunderts noch 12 Stunden Arbeitszeit verlangen. Es sind die Schmiedemeister West, Bantau, Nehmke, Ledermann, Wind und König. Die Meister deren Namen gesperrt gedruckt sind, verlangen im Sommer sogar noch Ueberstunden über die 12stündige Arbeitszeit. Sonntagsarbeit bei Kleinmeistern muß von 7—9 oder 10 Uhr Vormittags unentgeltlich geleistet werden.

Der Arbeitslohn der Königsberger Schmiede schwankt im Großbetrieb von 12 bis 35 ₰ pro Woche und zwar bei den Schirrmeistern von 17 bis 35 ₰, Helfern 12 bis 18 ₰. Nachstehend eine Aufstellung der Löhne nach Betrieben getrennt: Es verdienen die Schirrmeister pro Woche in der „Union" (Maschinenschmiede) 22—30 ₰, in der „Union" (Kesselschmiede und Brückenbau) 20—35 ₰, bei E. Steinfurt 18—24 ₰, in der Königsberger Maschinenfabrik 17—25 ₰, die Helfer in der „Union" (Maschinenschmiede) 16—18 ₰, bei der „Union" (Kesselschmiede und Brückenbau) 12—19 ₰, bei E. Steinfurt 13—15 ₰, in der Königsberger Maschinenfabrik 12 ₰. Daraus geht hervor, daß in der Königsberger Maschinenfabrik die schlechtesten Löhne gezahlt werden. Von den Schmieden dieser Firma gehört aber auch nicht einer der Organisation an. Es treffen hier, wie überall die schlechtesten Lohnverhältnisse mit der schlechtesten Organisation zusammen. Das Bild von dem Verdienst der Königsberger Schmiede wird noch deutlicher, wenn man, ohne Rücksicht auf die Betriebe der Zahl der Arbeiter nach den Lohn betrachtet. Das ergibt folgendes Bild: Von den Schirrmeistern verdienen pro Woche 165 unter 20 ₰, 80 von 20—25 ₰, 3 von 25—30 ₰, 20 über 30 ₰. In zwei Lohnklassen getheilt, heißt das: 165 Schirrmeister verdienen unter und 103 Schirrmeister über 20 ₰. Oder anders (bei **25** ₰ die Grenze gezogen): 245 Schirrmeister verdienen bis und 23 Schirrmeister über 25 ₰. Von den Helfern verdienen pro Woche **215** von 12—15 ₰ (!) und 147 von 16—19 ₰. Von allen Schmieden verdienen pro Woche: 527 unter und 103 über 20 ₰. Im Kleinbetrieb sind die Arbeitslöhne noch schlechter. Es zahlen die Schmiedemeister pro Woche: West mit Kost 1 Mann 7,50 ₰, Bautau ohne Kost und Logis 1 Mann 15 ₰, 1 Mann 16 ₰, 1 Mann 17 ₰, 1 Mann 19 ₰; Nehmke mit Kost und Logis 1 Mann 9 ₰, 1 Mann 6.50 ₰; Ledermann mit Kost und Logis 1 Mann 9 ₰, 2 Mann 5 ₰; Wind mit Kost 1 Mann 6,50 ₰, ohne Kost und Logis 1 Mann 18 ₰; König mit Kost 1 Mann 7,50 ₰, 2 Mann 6 ₰, ohne Kost und Logis 1 Mann 21 ₰; Moldenhauer ohne Kost und Logis 5 Mann 18 ₰. Die Lohnzahlung erfolgt im Großbetrieb alle 14 Tage Sonnabends. Es werden aber bei der Union 3 Tage, bei E. Steinfurt 4 Tage, in der Königsberger Maschinenfabrik 6 Tage einbehalten. Auch im Kleinbetrieb wird zum größten Theil nur alle 14 Tage Lohn gezahlt, und zwar meist erst Sonntag Mittags, vermuthlich, damit die Gesellen auch die Sonntagsarbeit nicht verweigern.

Strafgelder werden abgezogen: Bei der Union für 5 Minuten zu spät kommen 25 ₰, das Feuer nicht löschen 1 ₰. Bei Steinfurt liegt das Verhängen von Strafgeldern im Belieben des Meisters, es soll jedoch selten davon Gebrauch gemacht werden. In der Königsberger Maschinenfabrik kostet 10—30 Minuten Zuspätkommen 25 ₰. Sonstige Strafen verhängt der Meister. Die Verwendung der Strafgelder soll ja überall zu Gunsten der Krankenkasse geschehen, doch ist es den Arbeitern nicht möglich, eine genaue Kontrolle auszuüben. Ueber schlechte Behandlung wird ganz allgemein Klage geführt, im Groß- und Kleinbetrieb. Stets finden sich einige Meister oder Werkführer, welche sich Grobheiten zu schulden kommen lassen. Die sanitären Zustände lassen ebenfalls recht viel zu wünschen übrig: Ventilation, Heizung, Reinigung und Waschvorrichtung sind in der „Union" ungenügend. Die Beleuchtung ist zwar elektrisch, aber auch ungenügend. Bei E. Steinfurt ist ebenfalls Ventilation, Heizung und Beleuchtung ungenügend. Die Reinigung muß von den Schmieden selbst vorgenommen werden. Waschvorrichtung fehlt ganz, als „Kleiderschränke" dienen alte Kisten. In den Kleinbetrieben sieht es in dieser Hinsicht auch nicht besser aus. Es ist ungenügend bei den Meistern West: Heizung und Beleuchtung, Bantau: Heizung, Nehmke: Heizung, Beleuchtung, Ventilation und Reinigung, Ledermann: Heizung und Reinigung, Wind: Heizung, Beleuchtung und Reinigung, Moldenhauer: Waschvorrichtung.

Endlich werden noch einige andere Klagen geführt. In der „Union" sind die Schmiedefeuer bei den Maschinenschmieden mangelhaft eingerichtet. Außerdem müssen die Schmiede viele Werkzeuge selbst herstellen, ohne daß Bezahlung dafür geleistet wird. Bei E. Steinfurt sind ebenfalls die Schmiedefeuer nicht so, wie sie sein sollten (schlechter Wind), Schutzvorrichtungen fehlen gänzlich. Akkordtarif ist ebenfalls nicht vorhanden. In der Königsberger Maschinenfabrik ist zwar ein Akkordtarif vorhanden, doch fehlt die Kontrolle über die etwaigen Aenderungen. Bei den Kleinmeistern soll die Kost bei Herrn West zu wünschen übrig lassen, bei Herrn Nehmke Kost und Logis. Ganz besonders aber wird über die Kost bei Herrn Wind Klage geführt. Bei Herrn König müssen die Gesellen die Werkstatt des Sonntags reinmachen.

Das ist so das Wichtigste über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Königsberger Schmiede. Der Kollege Rohrlack knüpfte hieran noch einige Ausführungen über die Nothwendigkeit der Abänderung dieser Zustände und die Mittel dazu. Es ist Abhilfe nur durch den Beitritt aller Schmiede zum Deutschen Metallarbeiter-Verband möglich. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion sprachen sich noch einige Kollegen ganz im Sinne der Ausführungen des Referenten aus. 35 Schmiede ließen sich sofort in den Verband aufnehmen.

Agitationsbericht der nordbayerischen Agitationskommission.

Die genannte Kommission hielt es in einer ihrer ersten Sitzungen für zweckmäßig, in diesem Jahre eine größere Agitation zu entfalten als im Vorjahre. Im vorigen Jahre seien die Ausgaben sehr geringe gewesen, ebenso minimal war aber auch die Agitation. In erster Linie haben wir die Oberpfalz als Agitationsfeld ausersehen. Dort leben Tausende von Metallarbeitern unter den schlechtesten Existenzbedingungen. Ebenso solle das Schwarzachthal aufgesucht werden, an der Schwarzach sind eine ziemliche Anzahl von Hammerwerken, in denen Metallarbeiter beschäftigt sind, die noch nicht der Organisation angehören. Ebenso in der kgl. Zentralwerkstätte in Weiden. Dort sind insbesondere die „Schwarzen" sehr rührig für ihren Gesellenverein. Außerdem sollte Hof, Mkt. Redwitz, Bayreuth, Ansbach, Schweinfurt und Würzburg ein Besuch abgestattet werden, um nach den dortigen Zahlstellen zu sehen, ev. neue zu gründen. Es wurden zu dieser Sitzung einige Kollegen, die mit den örtlichen Verhältnissen vertraut sind, beigezogen.

Hof wurde von Kollege Rögner besucht, derselbe besprach die Angelegenheit, eine Agitation unter den dortigen Metallarbeitern zu betreiben, mit dem dortigen Kartellvorsitzenden

Frischel. Dieser versprach die Agitation zu betreiben, bis jetzt haben wir aber nichts gehört; es wird wahrscheinlich das Beste sein, wenn man sich auf Niemanden verläßt, die paar Mark Kosten nicht scheut und Alles selbst ordnet. Bayreuth besuchte Kollege Kümmerle, es war an dem betr. Tage Versammlungsabend und hatte derselbe Gelegenheit, seine Meinung über die Arbeitslosenunterstützung zu äußern. Der diesbezügliche Vorstandsantrag wurde daraufhin von der Versammlung angenommen. Es wurde weiter in dieser Versammlung beschlossen, eine öffentliche Metallarbeiterversammlung am 4. Dezember 1898 abzuhalten und durch Handzettel dazu einzuladen, was auch geschah.

In das Schwarzachthal begab sich Kollege Huber, er fand in der Gemeinde Schwarzenbruck 3 Fabriken, die sich sämmtlich mit der Herstellung von Bronze befassen. Die erste liegt in Ochenbruck und gehört der Firma Lorenz & Co. In derselben sind 15 männliche Arbeiter beschäftigt. Dieselben verdienen bei 11stündiger Arbeitszeit 15—21 ₰, im Durchschnitt 18 ₰. Sämmtliche Beschäftigte haben freie Wohnung, die Behandlung ist gut. Am 25. November 1898 waren die Kollegen Reichel und Rössing in Weiden. Es gelang dort einige Mitglieder für den Verband zu gewinnen. Jedoch erklärten die Beigetretenen, daß sie später zu dem auf moderner Grundlage errichteten Eisenbahnerverband übertreten wollen. In der Bahnwerkstätte ist eine 10stündige Arbeitszeit. Der Durchschnittslohn für Schlosser ist ₰ 2,50, beschäftigt 250 Pers.

„	„	Dreher	„ „	2,80,	„ 15	„
„	„	Former	„ „	3,50	„ 2	„

Bei Kleinmeistern schaffen ungefähr 30 Gesellen bei zwölfstündiger Arbeitszeit. Dieselben erhalten freie Station und durchschnittlich 7 ₰ pro Woche. Da die Leute unter dem Einfluß der katholischen Geistlichkeit stehen, ist sehr schlecht zu operiren. — In folgenden Orten hielt Hassel Versammlungen ab: Schweinfurt am 3. Dezember 1898 mit der Tagesordnung: Die angekündigte Zuchthausvorlage. Die Versammlung war zahlreich besucht, es wurden 9 Aufnahmen für den Verband gemacht. Die Metallarbeiterschaft hat an diesem Orte durch die Krise in der Gußstahlkugelbranche schwer zu kämpfen. Die Zahl der Arbeiter ist stark vermindert, was auch der dortigen Zahlstelle sehr fühlbar wird. Am 4. Dezember referirte H. in Würzburg in einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung über den Zweck und Nutzen des Metallarbeiterverbandes. Bei dieser Gelegenheit wurden 14 Neuaufnahmen gemacht. Die Versammlung war von etwa 60 Mann besucht, dieser geringe Besuch ist in den dortigen Verhältnissen begründet, es sind nur 2 Maschinenfabriken vorhanden, das Andere ist Kleinhandwerk im Gegensatz zu Schweinfurt, wo die Großindustrie stark vertreten ist. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse sind in Würzburg zum Theil miserabel. Man findet 11- und 12stündige Arbeitszeit, dabei einen Lohn, der zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben ist. Am 10. Dezember sprach Hassel in Bayreuth vor einer Metallarbeiterversammlung über dasselbe Thema wie in Würzburg. Daselbst sind die nämlichen schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen wie in Würzburg, 7, 8, 9 ₰ für einen Schlosser, Flaschner, Schmied, dazu noch schlechtes Essen und miserable Schlafräume. Von Bayreuth machte er einen Abstecher nach Mkt. Redwitz, da von Wunsiedel aus berichtet wurde, daß die Mkt. Redwitzer Metallarbeiter bereit wären, dem Verbande beizutreten. Dort sind besonders zwei Maschinenfabriken, die in Betracht kommen, nämlich Rockstroh und Offenbacher. Besonders Ersterer, welcher den Bau von Dampf- und Eismaschinen betreibt, zahlt niedrige Löhne von 9—14 ₰ für junge Arbeiter, ältere erhalten 20 bis 25 ₰. Dabei ist die Behandlung nicht die beste.

Mit Recht kann man sagen, daß die Metallarbeiter in den größeren Industriezentren keinen Schritt vorwärts kommen, wenn nicht auch an den kleineren Orten andere Verhältnisse eintreten; die Konkurrenz, welche diese Herren durch ihre schlechten Löhne den Fabrikanten, welche gezwungen sind, bessere zu bezahlen, machen, ist ungeheuer. Man wundert sich, daß Arbeiter um diesen Preis arbeiten können; natürlich muß da das Stückchen Feld den Fehlbetrag, welcher zum allernothwendigsten Lebensunterhalt gehört, liefern, ja, es gibt Arbeiter, welche einen Knecht dingen, der die Landwirthschaft versieht und der vielleicht noch schlechter entlohnt wird wie sie; denn sonst würde sich das in die Fabrik gehen nicht rentiren. Es besteht Aussicht, daß wir nach und nach auch die dortigen Kollegen in den Verband bringen.

Dann stattete Hassel der Oberpfalz zwei Besuche ab. Eine Masse von Metallarbeitern lebt dort unter den schlechtesten Existenzbedingungen, dabei sind die Fabriken, in denen diese Proletarier ausgebeutet werden, die reinsten Goldgruben für die Ausbeuter. Sobald man auf der Fahrt nach Schwandorf Sulzbach im Rücken hat, beginnen die „Wohlfahrtseinrichtungen" in Gestalt von Arbeiterwohnhäusern das Auge zu „fesseln"; zu gleicher Zeit aber drängt sich dem Beschauer der Gedanke auf, ob wohl die Bewohner dieser Häuser an dem geistigen und politischen Leben der deutschen Arbeiterschaft, die den Klassenkampf auf politischem und wirthschaftlichem Gebiete führt, theilnehmen. Man muß das verneinen, dorthin dringt nicht leicht in Wort oder Schrift ein freier Gedanke. Kommt man nach Haidhof und macht von dort den Weg nach Burglengenfeld, so stößt man auf die Maxhütte, von den Leuten auch der Saufarst genannt. Rechts von der Straße sind die Miethskasernen, welche ein Theil Arbeiter der Maxhütte bewohnt, auch eine Kirche für Arbeiter protestantischer Konfession ist von der Fabrikleitung erbaut. Außerdem wohnen viele Arbeiter in den naheliegenden Dörfern. Man sehe in die Wohnungen dieser Armen hinein: kahl und leer, mit einigen alten Möbeln ausgerüstet, sieht sich das Heim dieser Arbeitsbienen an. Dafür haben die Aktionäre dieses Etablissements ein um so besseres Leben, **41 Prozent** Dividende wurden im letzten Geschäftsjahre vertheilt. Die Abschreibungen waren von Jahr zu Jahr so reichlich, daß auf dem ganzen Betrieb, der Millionen repräsentirt, noch ganze 18 ₰ Schulden lasten. Das heißt man sparen. Die größten Magnaten Bayerns, selbst Staatsminister, sagt man, streichen die fetten Dividenden der Maxhütte ein, die diese hohlängigen Metallarbeiter das Jahr über unter Elend und Noth erarbeiten. Dafür werden sie auch, wenn ein Werkzeug kaput geht, mit 10, 15 und 20 ₰, ja noch mehr, bestraft.

Der Stundenlohn ist auch ein enormer: 12, 14, 16 ₰, sogar 24 und 30 ₰ werden gezahlt, die letzteren selten, erstere um so häufiger. Ja, ja, aus andrer Leute Häuten ist gut Riemen schneiden. Diese armen Metallarbeiter halten keine Zeitung, oder nur das Münchener „Extrablatt", sie wissen sich nicht zu helfen, stumm ertragen sie das Elend, ja sie sind noch froh, es tragen zu dürfen. Ein furchtbarer Konkurrenzkampf tobt unter ihnen, dabei werden die Löhne auf's Tiefste gedrückt, am Schlimmsten sind Diejenigen daran, die eine Hütte ihr Eigen nennen, vier Wände und wenig Haushaltungsgeräthe, an die Scholle gefesselt, willenlos dem Ausbeuter überliefert sind.

Da hat der Metallarbeiterverband eine Kulturaufgabe zu erfüllen, es wäre ein großes Verdienst, wenn diese Proletarier aus ihrer Lethargie aufgerüttelt würden.

Nürnberg, den 1. Februar 1899.

Die Agitationskommission für Nordbayern.

Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung.

Von Fritz Ehrler-Frankfurt a. M.

I.

In Nr. 48 v. J. veröffentlicht der Hauptvorstand seinen Antrag betreffs Arbeitslosenunterstützung. Ich muß offen gestehen, ich war nahezu verblüfft von der genialen Veranschlagung der Unterstützungssätze, von der Reichhaltigkeit der Berechnungen und von der Durchschlagskraft der angeführten Gründe. Also ein Jahr muß man Mitglied sein, 14 Tage muß man arbeitslos sein, dann, wenn man nicht mittlerweile vor Hunger und Elend zum Lohndrücker geworden ist, erhält man 6 ₰ Unterstützung die Woche, und das ganze 7 Wochen lang; dann kann man wieder Lohn drücken, Streik brechen und weiter kalfaktern!

Ist das nicht geradezu rührend? Wie werden sie da gelaufen kommen, die ungeschulten, nichtswissenden, indifferenten Metallarbeiter von Deutschland, um der Segnungen der alleinseeligmachenden Siebenwochenunterstützung theilhaftig zu werden. Wäre die Sache nicht so verteufelt ernst, man müßte darüber lachen. —

„Die Gründe", sagt der Vorstand, die ihn zu diesem Antrage bewegen, „sind dieselben, wie im Jahre 1897." Aber vergebens suchte ich den Beweis für die als Gründe aufgestellten Behauptungen damals und vergebens suche ich ihn auch heute.

„Die ganz bedeutende Fluktuation unseres Mitgliederstandes und der Umstand, daß gerade den Ortsansässigen, die doch den Stamm der Mitglieder bilden sollten, heute weniger geboten wird, als den nicht an die Scholle gebundenen" —, das sollen die Gründe sein . . „Weil die Fluktuation sich nicht behoben hat", muß die Siebenwochenunterstützung eingeführt werden.

Wo ist denn aber der Beweis, daß dann dieser Wechsel in dem Mitgliederstande sich verringern oder aufhören würde? Der Vorstand macht es sich leicht, zu beweisen; es sind Hypothesen, die er aufstellt, Schlußfolgerungen aus unbewiesenen Voraussetzungen, die an Stelle direkter Beweise mit einer verblüffenden Sicherheit ins Feld geführt werden.

So führt der Vorstand auf, daß im Jahre 1897 bei 45,255 eingetretenen Mitgliedern wieder 41,644 Personen ausgetreten sind, und sagt dann wörtlich:

„Wir führten vor 2 Jahren diesen Mißstand auf den Mangel eines Bindemittels für die Mitglieder zurück und sind auch heute noch der Ansicht, daß dies **einzig und allein** die Ursache der großen Fluktuation ist."

Dieses Bindemittel ist natürlich die Arbeitslosenunterstützung, selbstverständlich auch wieder nach der Ansicht des Vorstandes. In diesen seinen „Ansichten" liegt die ganze Beweisführung des Vorstandes. Daß aber außer dem Mangel dieses „Bindemittels" auch noch andere Ursachen für die Fluktuation der Mitglieder vorhanden sind, davon scheint der Vorstand nichts wissen zu wollen, sonst hätte er wohl auch bekannt geben müssen, wie viele Mitglieder verstorben sind, wie viel ins Ausland abreisten, wie viel ausgeschlossen wurden wegen Streikbruch, Lohndrückerei, Denunziation, Unterschlagung ꝛc., wie viel Mitglieder verloren gingen, weil am Ort die Beitragserhebung zu ungeregelt war, wie viel verloren gingen mit dem Eingehen ganzer Verwaltungen, wie viel bei bevorstehenden Lohnkämpfen schnell aufgenommen werden und ebensoschnell wieder verschwinden, wie viel durch ungeeignete oder mangelhafte Agitation am Orte abgeschreckt oder eingeschläfert werden usw. Das Register ließe sich ins Unendliche fortführen.

Aber wollen wir alle diese Gründe untersuchen, so werden wir finden, daß bei Einführung der Siebenwochenunterstützung nicht das mindeste geändert wird. Sterben wird eine Anzahl Mitglieder nach wie vor, denn für den Tod gibt es kein Kraut, und wärs die schönste Unterstützung. Ins Ausland abreisen werden Mitglieder nach wie vor, Lumpen wird es nach wie vor geben, die den Verband ausnützen und dem Unternehmer Schurkendienste leisten. Ob sie aber durch die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im Verbande weniger werden, ist ein anderes Kapitel, über welches wir an anderer Stelle sprechen. Ungeeignete Einrichtungen, Schlamperei, unfähige Personen in einzelnen Verwaltungen wird es nach wie vor geben. Hier läßt sich aber Vieles verbessern, auch ohne Einführung des Unterstützungskrams. Ja gerade hierin dürfte einer der Hauptgründe des starken Mitgliederwechsels zu suchen sein. Ein ungeeigneter Agitator kann mehr zerstören als zwei andere gut machen; ein nachlässiger Verwaltungsbeamter kann eine blühende Verwaltungsstelle an den Ruin bringen; eine unglückliche Lohnbewegung, wenn sie ungeschickt geführt wird, kann die Erfolge von Jahren illusorisch machen.

Und wie viele Zahlstellen, wie viele Verwaltungen haben wir, die ganz anders dastehen könnten, wenn richtig in's Zeug gegangen würde. Ist der ganze industrielle Aufschwung, sind die letzten Jahre wirthschaftlicher Besserung nicht an vielen Orten spurlos vorübergegangen, wenn man ihre Wirkung auf die Organisation ins Auge faßt? Hier den Hebel angelegt, und man wird staunen ob der Wirkung. Will man dem starken Mitgliederwechsel zu Leibe gehen, dann ziehe man nicht unbewiesene und unerprobte Ursachen bei den Haaren herum, dann pflege man nicht vom Drehstuhle des Bureaus aus theoretische Erwägungen, sondern man fasse das Uebel an der Wurzel. Agitation, nicht wilde planlose Agitation in den blinden Nebel hinein; nein, geregeltes, planmäßiges Beackern des Bodens nach ganz bestimmten, von den örtlichen Verhältnissen diktirten Regeln. Beständige Kontrolle über die Mitglieder durch Werkstattversammlungen und Vertrauensleute, Regelung des Einkassirerwesens, da wo es nicht schon geschehen, der Zeitungszustellung. Interessante Ausgestaltung der Versammlungen für die Mitglieder durch möglichste Einschränkung und Vermeidung geschäftlicher und persönlicher Angelegenheiten in denselben, Ellenbogenraum für die einzelnen Ortsverwaltungen in Bezug auf finanzielle Verhältnisse, die 25 Prozent sind viel zu wenig. Mehr Fühlung des Hauptvorstandes mit den einzelnen Orten und insbesondere genaue Prüfung und Ueberwachung der Lohn- und Streikbewegung während ihrer ganzen Dauer und der betheiligten Mitglieder noch nach derselben. Einführung bestimmter Bezirkszentralen für Agitation und Organisation.

Damit können wir einem zu starken Wechsel der Mitglieder zum großen Theil vorbeugen; ihn aufzuhalten wäre unmöglich, denn mit der Größe der Organisation wächst logisch auch die Fluktuation, trotz Agitation, Organisation und Unterstützungskram.

Und nun weiter! Sehr schnell fertig ist der Vorstand mit den prinzipiellen Gegnern der Arbeitslosenunterstützung. „Unsere Stellung den sogenannten prinzipiellen Einwänden gegenüber ist hinreichend bekannt und unterlassen wir es, an dieser Stelle nochmals darauf einzugehen." So wörtlich der Vorstand.

Dasselbe finden wir aber auch in Nr. 15 des Jahrgangs 1897 der „D. Metallarbeiterztg." gesagt. Eine Widerlegung dieser Einwände ist aber außer einem mißglückten Versuch des Genossen Segitz nicht geschehen bis heute und die Stellung des Vorstandes dazu kann doch nicht als Widerlegung gelten.

Doch weiter! Nun, nachdem er uns die Nothwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung bewiesen zu haben glaubt, sucht der Vorstand den Beweis für deren Durchführbarkeit zu erbringen. Da sind es nun zuerst die Buchdrucker, die wieder in erster Linie auffahren. Davon scheint aber dem Vorstand auch nichts bekannt zu sein (oder wollte er es nicht sagen?), daß die Reiseunterstützung derselben analog ihren Beiträgen mit der unseren nicht verglichen werden kann; daß der Buchdrucker mehr aufs Reisen angewiesen ist als der Fabrikproletar, daß die Buchdrucker bei kürzerer Karenzzeit längere Unterstützungsbezugsberechtigung haben, daß die Buchdruckerorganisation eine der ältesten Gewerkschaften ist und aus all den Gründen wohl auch nicht gut mit uns in Vergleich gebracht werden kann. Und warum denn nur die Zahlen bis 1895 angeben, man zeige doch auch das Verhältniß nach dem Tarifkrach!

Also, die englischen Gewerkschaften, die österreichischen Brudervereine und verschiedene deutsche Gewerkschaften wurden herangezogen. Und an allen hat der Vorstand den Beweis für die Durchführbarkeit seines Experimentes herausgerechnet. Ja sogar die Berufs- und Gewerbezählung, eine gewiß sichere Grundlage, wenn man von jenen Arbeitslosen, die nicht eingetragen sind, absieht, sogar diese mußte Material für die Berechnung liefern. Das dürfte nun wohl nicht gut zu bezweifeln sein, daß mit einer Beitragserhöhung von 10 ₰ unter normalen Verhältnissen das geboten werden kann, was der Vorstand in seinem Antrage niedergelegt hat. Unter normalen Verhältnissen, wohlgemerkt! Es darf die Zahl der Arbeitslosen einen bestimmten Prozentsatz nicht übersteigen. Die Kassenmarder, die wirthschaftlichen Krisen und vorwiegend die Knebelungen seitens Kapital, Polizei und Gesetzgebung können aber einestheils diesen Prozentsatz mächtig in die Höhe treiben, anderntheils unsere gesammten, auch finanziellen Kräfte derart absorbiren, daß schon im Hinblick auf derartige Möglichkeiten von einer dauernden Durchführbarkeit einer solchen Institution nur mit gewissen Vorbehalt gesprochen werden dürfte, wenn man sich anders nicht den Vorwurf der leichtsinnigen Behandlung einer wichtigen Materie zuziehen will.

Aber wir wollen uns gar nicht dabei aufhalten, daß auch diesesmal das die „Grundlage" bildende Material trotz der Weitläufigkeit und angeblichen Sicherheit sehr mangelhaft, ungenau und unzuverlässig ist; wir wollen annehmen, der Vorstand habe bei der Zusammentragung seines Materiales „bona fides" gehandelt und es wäre wirklich der unzweifelhafte Beweis erbracht, daß mittelst einer kleinen Beitragserhöhung von 10 ₰ (der Vorstand spricht sogar von 5 ₰, beantragt aber als sorgende Hausmutter 10 ₰) das Experiment nach dem Antrage gemacht werden könnte, was hätten wir denn dann gemacht? Glauben Sie mit dem Antrag des Vorstandes, wenn Sie ihn zum Beschluß erheben, einen Hund hinter dem Ofen hervorlocken zu können? Würde der Staat eine solche Arbeitslosenunterstützung einzuführen Miene machen, so könnte man es noch begreiflich finden; aber ich bin überzeugt, es gäbe wenig Arbeiter, die besonders zufrieden damit wären, und gerade wir wären diejenigen, welche mit Recht darauf hinwiesen, daß eine solche Unterstützung zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel wäre. Und nun sollen wir das machen, selbst einführen, was für ein Almosen zu viel und als Unterstützung einen Hohn auf das Mitgliederrecht bedeutet?

Ja, wird man mir sagen, es ist immer noch besser als gar nichts! Nein, sage ich, es ist schlechter als gar nichts; man erweckt Hoffnungen im Menschen, den man gewinnen will, die man nicht erfüllen kann. Man gibt dem arbeitslosen Mitgliede ein Recht an den Verband, das wir nicht einräumen können ohne unsere Prinzipien zu verletzen. Und die Konsequenzen? Der einzige stichhaltige Grund, der für dieses Experiment vorgebracht werden kann ist der Hinweis auf die Reiseunterstützung. Die Konsequenz der Reiseunterstützung ist die Arbeitslosenunterstützung. Die Konsequenz der Arbeitslosenunterstützung wird sein die Umzugs-, Kranken-, Invaliden-, Altersunterstützung und schließlich noch eine Sparbank für organisirte Arbeiter.

Man mag lachen darüber. Aber man zitirt so oft den Klassenkampf. „Mit keinem Wort wird mehr Mißbrauch getrieben, wie mit dem Wort Klassenkampf", so sagte Genosse Segitz auf der letzten Generalversammlung, wenn ich nicht irre. Und kaum jemand treibt mehr Mißbrauch damit, wie gerade die Leute, welche mit Gewalt für Einführung der Arbeitslosenunterstützung plaidiren. War es doch der Genosse Segitz, der vor zwei Jahren den Klassencharakter der Gewerkschaften fast völlig abgeleugnet hat. Hier nur ein paar Anschauungen und Aussprüche desselben:

„Die ausschließliche Kampfesorganisation macht Fiasko" (Protokoll der letzten Generalversammlung in Braunschweig, Seite 71). — Zum Beweise führt er den allgemeinen Arbeiterbund an, der im Jahre 1869 rund 35,000 Mitglieder zählte, im Jahre 1871 aber nur 4257. Segitz erwähnt aber

nicht den durch die Emser Depeschenfälschung heraufbeschworenen Bruderkrieg, in welchem die Proletarier im Namen der Kultur aneinandergehetzt wurden wie wilde Thiere, er erwähnt nicht die alle damaligen Zustände umstürzende „Gründung des Norddeutschen" unter den „schützenden" Fittigen des preußischen Aars, und er sagt nichts von den damaligen inneren Verhältnissen im allgemeinen Arbeiterbunde, deren Schilderung doch unbedingt nothwendig gewesen wäre, wenn anders man nicht beabsichtigt, eine ganz falsche Ansicht über die Ursachen dieser auffallenden Erscheinung künstlich hervorzurufen. Aber das hat Segitz jedenfalls beabsichtigt, denn sonst hätte er es sagen müssen, daß die Ursachen dieses schnellen und starken Rückganges denn doch ganz andere sind, als der Mangel an Unterstützungskram.

Segitz sagt ferner: „Schafft man die Reiseunterstützung ab, fällt eine Grundlage der Zentralorganisation." — Aber hat man denn die Zentralorganisation geschaffen, um in erster Linie das Unterstützungswesen zu regeln? Da hätte es dann eine Zentralunterstützungskasse auch gethan und man hätte sich jahrelange, bittere Kämpfe sparen können, wenn das Unterstützungswesen eine Grundlage der Zentralorganisation wäre. Früher hat man ja allerdings anders gesprochen. Da hat es geheißen: „Die Verhältnisse spitzen sich immer mehr zu, das Unternehmerthum koalirt sich, wir haben nicht mehr mit einzelnen Kapitalisten, wir haben mit der vereinigten Kapitalistenklasse zu thun. Wir sind einzeln zu ohnmächtig, wir müssen uns zusammenschließen, um den Klassenkampf als Klasse zu führen, so wir Erfolg haben wollen." Das waren die Gründe, die Grundlagen bilden des einheitlichen Arbeitens, die vereinfachte Arbeit, die Möglichkeit, die Kräfte und die Mittel der Gesammtheit an einem Punkte erfolgreich einsetzen zu können, die Hebung des Klassenbewußtseins und Solidaritätsgefühls des Arbeiters, welche durch das Bewußtsein ermöglicht wird, daß alle Arbeitsbrüder nah und fern vereinigt sind in dem einen Bestreben, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die Arbeitszeit zu verkürzen und ihr Klasseninteresse zu fördern. Ganz nebenbei hat allerdings auch die Absicht mitgewirkt bei dem Zusammenschluß, die vielen Einzelnausgaben und Aufwendungen, die viele einzelne Vereine naturnothwendig mit sich bringen, für die Zukunft zu vermeiden und das Unterstützungswesen zu **vereinfachen,** niemals aber dasselbe als eine Grundlage der Zentralorganisation zu betrachten.

Früher hat man anders gesprochen! Vor 4 Jahren noch war es derselbe Genosse Segitz, der gesagt hat: „Die Arbeitslosenunterstützung kann nicht einmal das Deutsche Reich mit seiner gewaltigen gesetzgeberischen Kraft einführen, geschweige denn unser Verband." Vor 2 Jahren hielt Segitz aber unseren Verband schon für stark genug, das zu thun. Wie reimt sich denn das zusammen? Ich gebe zu, daß man seine Ansichten ändern kann, wenn man sich eines Besseren überzeugt. Aber die gesetzgeberische Kraft des Deutschen Reichs ist mindestens dieselbe wie vor 4 Jahren und doch wird mir jeder Genosse recht geben, wenn ich sage, Alle können wir heute noch die Worte des Genossen Segitz unterschreiben. Bleibt nichts übrig, als daß sich unser Verband innerhalb dieser Zeit so geändert und gefestigt hat, daß er heute das kann, was das gewaltige Deutsche Reich noch nicht im Stande ist, zu machen. Aber wir stehen heute mehr denn je vor der Nothwendigkeit, all' unsere Kräfte zu sammeln, um den Schlag gegen uns, zu dem man deutlich genug ausholt, pariren zu können. Die Absicht der Stumm, der Kohlen- und Eisenbarone und der diesen ergebenen Regierung und klerikal-reaktionären Reichstagsmehrheit ist zu bekannt, als daß selbst ein Blinder übersehen könnte, daß wir einer sehr schweren Zeit entgegengehen, einer Zeit, die weniger denn je geeignet ist, an die Lösung von Fragen heranzutreten, die, wie es vor 4 Jahren hieß, selbst der Staat nicht lösen kann.

Ich muß länger bei Segitz verweilen, weil er der Einzige ist, der es versucht hat, die prinzipiellen Einwendungen zu widerlegen. Segitz faßt die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften dahin auf, daß sie Organisationen nach dem Vorbild der Trades Unions bilden sollen. („Metall.-Ztg." Nr. 19 1897.) Er führt die Beschlüsse des 5. Vereinstages der deutschen Arbeitervereine an (1868). Dort erhielt Bebel den Auftrag, Gewerksgenossenschaften nach dem Vorbild der Trades Unions zu gründen: „Die internationalen Kongresse 1866—1873 befaßten sich mit der Gewerkschaftsfrage und räumen die gefaßten Beschlüsse dem Unterstützungswesen einen großen Platz ein . . ." „Heute will man die Genossenschaften zur Vorschule für die politische Partei degradiren!" So Segitz. —

Ja, waren wir nicht gerade stolz darauf, daß durch die Gewerkschaft das Klassenbewußtsein des ihr angehörenden Arbeiters hervorgerufen, gepflegt und so der bis dahin blind in den Tag hineinlebende Arbeiter geschult und zu einem tüchtigen Mitkämpfer auf wirthschaftlichem und politischem Gebiete herangezogen wurde? Und nun auf einmal sollen dadurch die Gewerkschaften „degradirt" worden sein? Nein, solche Worte tragen einen gewissen demagogischen Charakter an sich, er mag bewußt oder unbewußt hineingelegt worden sein.

Es sieht nämlich gerade so aus, als sollte die bei vielen Genossen drüben wie hüben vor 2 Jahren noch bestandene Spannung zwischen politischer Partei und Gewerkschaft dazu ausgenutzt werden, um Stimmung für die Arbeitslosenunterstützung zu machen.

Ich glaube, viel eher degradirt man die Gewerkschaften, wenn man sie zu Versicherungsanstalten „ausbaut" auf Kosten ihres Klassencharakters.

Und die Trades Unions, denen unsere Gewerkschaften nachgebildet werden sollen, wie steht es denn damit? Ist das Bild dieser denn so verlockend, daß es uns zu reger Nachahmung empfohlen werden kann? Haben die deutschen Kollegen es nicht stets bedauert, daß es so schwer sei, diese Organisationen zu klassenbewußten Mitstreitern für das Proletariat zu gewinnen? Ja, in vielen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterblättern ist es geradeheraus gesagt worden, daß die Trades Unions vielfach ein Hemmschuh für die moderne Arbeiterbewegung gewesen sind? Und weil es eine Zeit gegeben hat, in der man glaubte, die deutsche Gewerkschaftsbewegung in das Fahrwasser, in welchem die Trades Unions segeln, leiten zu können, darum sollen wir heute, am Ende des 19. Jahrhunderts unseren Klassencharakter hintansetzen gegenüber einer Institution, die, je breiter sie „ausgebaut" wird, desto mehr alles Andere in den Hintergrund drängt.

Und die Kongresse der Jahre 1866—73, die alten, längst überlebten Anschauungen und Aussprüche, die mit in's Treffen geführt werden, sollen uns denn die maßgebend sein? Wollen wir denn rückwärts gehen? Ganz die entgegengesetzten Beschlüsse und Aussprüche aus der neueren Zeit lassen sich dem entgegenstellen. Sind denn die heutigen Verhältnisse nicht mehr als alles Andere dazu angethan, der kommenden Zeit entgegenzusehen und allen alten Zopf beiseite zu lassen? Ich glaube, angesichts der Entwicklung, welche die Gewerkschaften durchgemacht haben bis heute, sollte man gar keine Ursache haben, sich nach den Fleischtöpfen Egyptens zurückzusehnen. Es ist noch so Vieles zu thun, so Vieles auszubauen, daß wir gar keine Zeit finden sollten, alte, von der Entwicklung längst überholte Anschauungen neu auszukramen und den Kollegen als Allheilmittel für die Organisation mit möglichst großer Renommage aufzudisputiren. Wir wollen nicht rückwärts in die Jahre 1866 und 70 marschiren, wir wollen nicht alte Geister beschwören, wir wollen vorwärts, den Feind in's Auge gefaßt, vorwärts dem kommenden Jahrhundert entgegen, kämpfend, aber sicher vorwärts marschiren. —

Erwiderung.

In seinem in Nr. 6 d. Ztg. enthaltenen „Zur Abwehr" überschriebenen Artikel zieht der Kollege Dejung das Register der Resignation und protestirt gegen die ihm von mir gemachte „Unterschiebung", daß er mit rabulistischer Finesse gearbeitet habe. Dejung meint, er habe beim Vorstand vorausgesetzt und niemals bezweifelt, daß er es ehrlich meine ꝛc.

Es kann nicht meine Absicht sein, Dejung hier genau so, wie er es mit mir in Nr. 6 thut, eine Vorlesung über Anstand und guten Ton zu halten, zumal, da Dejung nach seiner eigenen Auffassung „zu höflich" ist, um mir mit gleicher Münze zu dienen, sondern ich überlasse es den Lesern, sich beim Vergleich der Artikel in Nr. 2 und in Nr. 3 selbst ein Urtheil zu bilden. Dejung erklärt in ersterem Artikel in Bezug auf die Rechnungen des Vorstandes:

„Die ganzen Rechen**kunststücke** sind **Blendwerk**"

und stellt dadurch den Vorstand Taschenspielern gleich.

Weiter zweifelte Dejung auch an der Richtigkeit der Angaben über die Fluktuation, trotzdem er wußte oder wissen mußte, daß diese Fluktuation zahlenmäßig feststeht. Die in seinem Artikel in Nr. 2 beliebte Ausdrucksweise läßt nichts Anderes erkennen, als daß es Dejung mit seinen Zweifeln ernst ist und er sich geflissentlich bemüht, nach der von ihm dem Vorstand vorgeworfenen Praxis „Helfe was da hilft", diese Zweifel auf weitere Kreise zu übertragen.

Daß Dejung auch geflissentlich nicht ohne Absicht verdreht hat, habe ich schon in Nr. 3 nachgewiesen und daß er es auch in seinem Abwehrartikel thut, beweist der Umstand, daß er jetzt verlangt, der Vorstand soll die momentane Mitgliederzahl von 1898 angeben, die mit den Berechnungen rein gar nichts zu thun hat. Der Vorstand hat die Fluktuation aus den ziffernmäßigen Angaben der Ortsverwaltungen im Jahre 1897 aufgestellt, und daß er hierbei eher zu viel als zu wenig Mitglieder als Bestand gerechnet hat, weiß Dejung und muß es wissen, sowohl kraft seiner Stellung, die er im Ausschuß bekleidet, als kraft der als früherer Bevollmächtigter. Daß er, trotzdem er die Verhältnisse kennt, mit derartigen Zweifeln krebsen ging, legte ich ihm als Verdrehung aus. Ich bin aber, nachdem Dejung auch in seinem jetzigen Artikel wieder ähnlich systematisch handelt, durchaus nicht abgeneigt, meine frühere Annahme aufzugeben, es bleibt mir aber dann nur eine Annahme: daß er es nicht besser versteht.

Der Protest, den Dejung Namens des Ausschusses losläßt, wirkt komisch. Ist denn der Ausschuß angegriffen worden? Nein. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß der Ausschußvorsitzende eher wie alle anderen Mitglieder die Angaben des Vorstandes prüfen kann. Es ist aber immerhin bezeichnend und für mich auch erklärlich, daß der Ausschuß nicht ohne Weiteres sich mit den von Dejung zu Tage geförderten Anschauungen identifizirt, komisch ist aber und bleibt, daß selbst Dejung darüber in Extase geräth.

Warum Dejung übrigens noch besonders hervorheben muß, daß der Ausschuß seine Pflicht gethan hat, ist mir unklar. Ich habe mit keinem Wort in meinem Artikel daran gezweifelt, bezweifle aber heute, daß dem Gesammtausschuß mit derartiger Reklame für seine Thätigkeit gedient sein wird, sondern daß die Mehrzahl der Mitglieder des Ausschusses es sich wird genügen lassen, ihre Pflicht gethan zu haben, ohne daß es besonders hervorgehoben wird. Im Uebrigen kann mir die in diesem Satze liegende Selbstbeweihräucherung Dejung's nur recht sein.

Auf die übrigen sachlichen Ausführungen Dejung's kann ich mich kurz fassen, da ich sie schon im ersten Artikel in Nr. 3 widerlegt habe, und über die Ursachen der Fluktuation, den Werth der Berufs- und Gewerbezählung ꝛc. Ansicht gegen Ansicht steht. Bei ersterem verwechselt Dejung einen Theil der Wirkung mit der Ursache und in letzteren gibt er seine subjektive Meinung zum Besten. Wenn nun aber Dejung der amtlichen Statistik so wenig Werth beimißt und nur die von uns aufgestellten Statistiken gelten lassen will, warum benützt er nicht unsere Arbeitslosenzählung vom Jahre 1896? Offenbar, weil sie ihm nicht zuverlässig genug ist. Wie stellt sich nun die Sache nach unserer Statistik? Es wurden im ganzen Jahre gezählt 2627 Arbeitslose und zwar

428	bis	zu	7	Tagen
442	„	„	21	„
253	„	„	35	„
83	„	„	49	„
157	über		49	„
1363	ohne Angabe der Dauer.			

Rechnet man die 1363 ohne Angabe zu den über 49 Tagen Arbeitslosen, so erfordert deren Unterstützung

428	zu	7	Tagen		— ℳ
442	bis	21	Tage à	12 ℳ	5,304 „
253	„	35	„ „	24 „	6,072 „
83	„	49	„ „	36 „	2,988 „
1421	über	49	„ „	42 „	59,682 „
				Sa.	74,046 ℳ

Bei 10 ℳ pro Woche würden 123,410 ℳ nothwendig sein, so daß also auch hier die durch den erhöhten Beitrag erzielte Mehreinnahme noch reichen dürfte, wenn sich die Arbeitslosenziffer bedeutend erhöhte. Also auch die nach Dejung's Meinung zuverlässigere Arbeitslosenstatistik einer Arbeiterorganisation würde das Vorstandsprojekt durchführbar erscheinen lassen. Hierbei sind nämlich alle gezählten Arbeitslosen als Arbeitslosenunterstützungsempfänger gedacht, obwohl eine nicht geringe Anzahl alleinstehende (von 2627 1574) gezählt wurden, von denen eine nicht unbedeutende Zahl auf der Reise gewesen ist. Rechnet man also die Reisegeldempfänger besonders, so ergibt sich in demselben Jahre

74,046 ℳ	für 2627	Arbeitslose
23,762 „	„ 3300	Reisende
Summa 97,808 ℳ	für 5927	Arbeitslose.

Das sind bei 49.000 Mitgliedern 12 Prozent Arbeitslose. Demgegenüber stünde bei 49,000 Mitgliedern mit je 40 Beiträgen eine Mehreinnahme von 196,000 ℳ.

So standen die Dinge im Jahre 1896; und heute und wohl auch in den nächsten Jahren dürften wir mit wesentlich anderen Verhältnissen nicht zu rechnen haben, sodaß wir Rücklagen für spätere Zeiten machen können.

Weiter wundert sich Dejung darüber, daß ich nicht auf die Thatsache eingegangen bin, daß die Buchdrucker 9½ Mal mehr Reiseunterstützung zahlen als wir. Ich hielt dies und halte es auch heute für überflüssig, weil der Vorstand ja, wie schon in meinem Artikel gesagt, heuer gar nicht auf das Material der Buchdrucker gefußt hat. Wie ist denn nun das Verhältniß und was soll es gegen uns beweisen? Die Buchdrucker zahlen Reisegeld nach einer vierteljährigen Karenzzeit, während Arbeitslosenunterstützung erst nach 2jähriger (genau 100 Wochen) Karenzzeit gewährt wird. Die Reiseunterstützung kommt also wesentlich in Betracht für die Mitglieder, die zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung noch nicht berechtigt sind. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß nicht auch die älteren Mitglieder reisen. Aber immerhin ist die Zahl der reisenden Mitglieder auf jeden Fall bedeutend geringer als die der Arbeitslosen am Orte, und daher größere Leistungen an Reisende auch durchführbar. Uebrigens bin ich der Meinung, daß die Erweiterung des Reisegeldes bei den Buchdruckern nicht zum Wenigsten darauf zurückzuführen ist, um Denen, die noch keine Arbeitslosenunterstützung beziehen dürfen, eine solche in einer Form zu geben, die auch die Möglichkeit des Auffindens einer Arbeitsgelegenheit vergrößert. Der Einwand Dejung's beweist also gar nichts gegen unseren damaligen Schluß. Die Buchdrucker zahlen mehr Reisegeld an weniger Reisende und weniger Arbeitslosenunterstützung an bedeutend mehr Arbeitslose; wir wollten im Jahre 1897 annähernd ebensoviel Reisegeld auswerfen wie Arbeitslosenunterstützung, indem wir für alle Mitglieder gleiche Karenzzeit in Aussicht nahmen.

Die Ausführungen Dejung's über die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine und speziell über die Auslassungen des Herrn Hirsch berühren weder mich, noch die vom Vorstand geplanten Unterstützungseinrichtungen, denn keiner der Anhänger des Unterstützungswesens hat bis jetzt dafür Propaganda gemacht, daß wir unseren Kampfescharakter aufgeben sollen, wohl aber haben wir (die älteren Kollegen nicht allein) davor gewarnt, Kämpfe zu führen, ohne genügend vorbereitet zu sein. Und eine Vorbereitung ist nur möglich, wo ein Stamm von Mitgliedern vorhanden ist. Wenn nun Dejung mich bezichtigt, ich hätte „Hirschenweisheit" verzapft, so begeht er da wieedrum absichtlich oder unabsichtlich eine Verdrehung, die ich ihm jetzt nicht mehr allzübel anrechne.

Nun meint Dejung, daß in der Arbeitsvermittlung die beste Taktik liegt. Das habe ich nicht bestritten, wohl aber bezweifle ich, daß derartige Einrichtungen so wirken, wie sie wirken sollen, wenn nicht die Mitglieder gezwungen werden, sie in Anspruch zu nehmen. Zwingen können wir sie aber, wenn wir ihnen in Aussicht stehende Rechte oder Ansprüche im Nichtbenutzungsfalle der Auskunftsstelle entziehen. Rechte entziehen können wir aber nur da, wo welche sind. Uebrigens gehört zur „besten Taktik die Arbeitslosigkeit zu beseitigen" nicht nur der Arbeitsnachweis, sondern vor Allem Arbeitsgelegenheit, diese kann natürlich der Arbeitsnachweis nicht schaffen.

Zum Schluß weist Dejung noch auf die politischen Verhältnisse in England hin und scheint damit argumentiren zu wollen, daß die „gute Versorgung der besten Kämpfer im wohlverschanzten Lager" die englischen Arbeiter hat versumpfen lassen. Daß den englischen Arbeitern im Allgemeinen noch viel fehlt, bestreite ich nicht, ebensowenig, daß sie die Schleppenträger der herrschenden Klasse sind. Aber ist daran das Unterstützungswesen schuld? Sicher nicht; denn sonst würden nicht verschiedene Gewerkschaften aus ihrem konservativen Lager eine bedeutende Schwenkung nach links haben machen können. Aber ganz abgesehen davon, sind doch die in England bestehenden Schutzgesetze, Fabrikgesetze, Koalitionsrecht ꝛc. lediglich nur auf die Rührigkeit der englischen Arbeiter zurückzuführen. In England ist die Bourgeoisie, wenn auch keineswegs humaner, so doch bei Weitem nicht so bornirt, wie in Deutschland. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß ein großer Theil der Arbeiter in diesem oder jenem Unternehmer noch einen Arbeiterfreund erblickt und ihm die Schleppe trägt. Ob es in Deutschland anders wäre, wenn wir nicht eine so kurzsichtige Bourgeoisie hätten, will ich nicht behaupten, daß wir aber so weit wären, wie wir sind, bezweifle ich.

Im Weiteren sollte Dejung doch wissen, daß die Engländer in ihren Verbänden durch ihre Unterstützungseinrichtungen kein Jota von ihrer Kampfesnatur eingebüßt haben.

Zum Schluß seiner Ausführungen meint Dejung, daß er nach meiner Meinung eher zur Klärung beigetragen haben würde, wenn er anstatt gegen, für unseren Antrag eingetreten wäre. Ob er zur Klärung beigetragen haben würde oder nicht, vermag ich nicht zu sagen, da ich nicht weiß, ob er es in der Zeitung gethan haben würde oder nicht. Das kann ich ihm aber offen gestehen, daß ich nichts lebhafter bedauern würde, als wenn ein Anhänger der Arbeitslosenunterstützung in einem solchen Jargon und mit solcher Logik, wie Dejung gegen die Arbeitslosenunterstützung, für dieselbe sich in's Zeug legen würde. —

Ich soll nichts Neues gebracht haben. Das war auch gar nicht meine Absicht. Ich bin kein Sensationsmensch, der immer Neues bringen könnte. Außerdem halte ich es für einen Fehler, Neues zu bringen, ehe das Alte richtig verstanden ist. Daß es aber Leute gibt, die selbst das bisher Gesagte noch nicht begreifen können oder wollen, dafür sind die Dejung'schen Artikel ein drastischer Beweis. —

Auf die Einwendungen von Vorhölzer und R.-Velbert folgt Antwort in nächster Nummer.

Stuttgart, 10. Februar 1899.

Alexander Schlicke.

* * *

Auf die Aeußerung des Kollegen Georg Döring (Liegnitz) muß ich erwidern, daß ich selbst Posener (Stadt Posen) bin, und die Löhne von Posen und Schlesien sehr gut kenne. Ich habe in Posen gelernt und in meinen jungen Jahren viel in der Provinz Posen wie auch in Schlesien (Ende der 70er und Anfangs der 80er Jahre) gearbeitet. Ich will nicht sagen, daß die Löhne hohe waren, aber bei der dortigen billigen Lebensweise bin ich bereits ebenso weit gekommen wie in anderen Gegenden, wo mehr gezahlt wurde, aber auch die Lebensweise theurer war. Allerdings sind inzwischen die Lebensmittel in Posen und Schlesien wie allerwärts gestiegen, daher hat auch die Arbeiterschaft höhere Löhne verlangt und zum großen Theile schwer erkämpfen müssen. Wenn nun die Metallarbeiter von Posen und Schlesien bei den alten Löhnen, die seiner Zeit gezahlt wurden, geblieben sind, so haben sie es zum Theil ihrer Lauheit und Gleichgiltigkeit selbst zuzuschreiben, denn in diesen beiden abgelegenen Provinzen wäre es bei Zusammenhalten der Arbeiter leichter, höhere Löhne zu erlangen als in anderen Gegenden Deutschlands, indem der Zuzug von fremden Gehilfen nicht so stark ist wie anderwärts. Leider ist in Posen und Schlesien die Organisation der Metallarbeiter noch eine sehr junge, aber noch ist Polen nicht verloren. Bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird sich die Mitgliederzahl bedeutend vermehren und dann ist mit 100 oder 200 organisirten Arbeitern mehr durchzusetzen als jetzt mit 20 oder 40. Dies haben ja, wie es Kollege Döring als Delegirter der 4. Bezirkskonferenz von Posen und Schlesien selbst weiß, die meisten Delegirten der dortigen Bezirkskonferenz eingesehen und den Antrag des Vorstandes angenommen. Es ist dies ein Beweis, daß die meisten Verbandskollegen von Posen und Schlesien für die Arbeitslosenunterstützung stimmen.

Richard Jung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

An die **Zentralwahlkomitees** richten wir hierdurch das Ersuchen, uns sofort nach Zusammenstellung der Wahlresultate den Namen (Vor- und Geschlechtsnamen), den Beruf und die Wohnung der gewählten Delegirten mitzutheilen.

* * *

Folgende Mitgliedsbücher sind ungiltig und aufzuhalten:

Nr.
176441 des Schlossers Hermann Böttcher, geb. zu Meititz am 17. September 1861.
285737 des Klempners Arthur Dünebeil, geb. zu Molschleben am 27. Januar 1870.
288625 des Gießers Wilhem Jahnke, geb. zu Jastrow am 1. Juli 1873.

* * *

Wieder aufgenommen werden kann der in Nr. 37 der „D. M.-Z." von 1897 als ausgeschlossen publizirte frühere Bevollmächtigte Georg Grenzius in Kottbus, der nunmehr seine Verbindlichkeiten gedeckt hat.

Ebenso der in Nr. 24 vom Jahre 1897 als ausgeschlossen veröffentlichte Franz Amberger in Freiburg i. Br., nachdem sich herausgestellt hat, daß die ihm zur Last gelegte Handlung lediglich als ein im nicht verantwortlichem Zustande begangener Streich zu betrachten ist und er die Abrechnung über die Bibliotheksgelder sofort nach Verbüßung seiner Strafe, durch die er am Abrechnen verhindert worden war, gelegt hat.

* * *

Alle für den Verband bestimmten **Geldsendungen** sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/I,

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

* * *

Der Mechaniker Paul Pastian, zuletzt in Calb in Württemberg, wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Diejenigen, die bei Ermittelung der Adresse behilflich sein können, werden darum gebeten.

* * *

Berichtigung.

In Nr. 5 d. Bl. befindet sich unter den Anträgen zur Generalversammlung unter der Ueberschrift „Krankenunterstützung" ein solcher mit der Bezeichnung **Rathenow.** Dieser Antrag ist nicht von der Verwaltungsstelle in Rathenow, sondern von einem Mitgliede, M. Makait-Rathenow, gestellt, nachdem die Verwaltungsstelle ihn zu stellen abgelehnt hat.

* * *

Quittung

über die vom 1. bis 31. Januar 1899 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Von Albrechts ℳ 102,15. Alfeld a. d. L. 10. Altona 400. Alt- und Neugersdorf 261,82. Altwasser 46,50. Apolda 40. Arnstadt i. Thür. 35. Aue 40. Aurbach 30. Augsburg, Feilenhauer 34,78 Bant, Werftarbeiter 62,28. Bautzen 19,40. Bayreuth 50. Beiertheim-Bulach 42,90. Bergedorf 290. Bernburg 40. Biebrich 25. Bielefeld, Schleifer 360. Bitterfeld 52,40. Böckingen 37,50. Brake a. W. 16,18. Brandenburg 600. Braunschweig: Klempner 100, Schlosser 300. Bremen: Allgem. 120, Heizer 50. Bremerhaven 700. Brieg 35. Bromberg 10. Bunzlau 30. Burghammer 30. Cannstatt, Former 100. Cassel 300. Chemnitz 400. Cottbus 150. Danzig 50. Delmenhorst 38,10. Delitzsch 35. Dessau 100. Dietesheim 28,50. Dresden-Altstadt 700. Dresden-Neustadt 211,04. Duisburg: Allgemeine 130,81, Feilenhauer 47,10. Durlach 100. Düsseldorf, Feilenhauer 17,85. Eberswalde 50. Eckernförde 13,45. Eilpe 41,95. Eisenberg 63,30. Emmendingen 25,04. Erlangen 77,98. Essen: Allgem. 80, Klempner 89,40. Feuerbach 33,45. Finsterwalde 73. Frankenthal 265,77. Frankfurt a. M.: Mechaniker 50, Spengler 256,80. Fürth, Allg. 100. Furtwangen 31,72. Gablenz 150. Gassen 215. Gera 100. Gießen 70. Glückstadt 3,62. Gmünd Schwäb. 100. Golzern 65,55. Göppingen 70. Görlitz 50. Gotha 200. Griesheim a. Main 6,50. Großschönau 49,68. Grüna 137,10. Grünberg 100. Gustavsburg-Kostheim 31,80. Hagen 60. Halle a. S.: Allgem. 275, Former 393,38. Hamburg, Klempner 209,95. Hameln 20. Hanau 70. Hannover: Allgem. 400, Klempner 100, Schmiede 111,60. Harburg 290. Haßloch 15,75. Haynau 25. Heegermühle 13. Heidelberg 21,80. Heilbronn 100. Heiligenhaus 100. Heinrichs 18. Helmstedt 30. Herford 47,20. Hersbruck 48,10. Hilbersdorf 130. Hildesheim 130. Hirschberg 68,80. Hohenstein-Ernstthal 149,95. Höchst 40. Ichtershausen 221. Ilmenau 27,20. Itzehoe 60. Jena: Allg. 175, Mechaniker 189,30. Kaiserslautern: Allg. 170, Former 90. Kalk 100. Kappel 30,90. Karlsruhe: Allg. 100, Bauschlosser 82,95, Schmiede 84,46. Kiel: Allg. 238,30, Klempner 141,30. Kirchheim u. T. 45,30. Kolberg 10. Köln 120. Köln-Ehrenfeld 50. Köln-Lindenthal 130. Königsberg 300. Köpenick 60,60. Kulmbach 26,10. Lambrecht 250. Lämmerspiel 60. Lauchhammer 200. Lauenburg 29,78. Lauf 40. Lechhausen 36,48. Leipzig 1200. Leipzig-West 350. Leisnig 35. Limbach 40. Linden, Feilenhauer 41. Löbau 50. Lörrach 28. Lübeck 300. Lübz 8,95. Lüdenscheid 50. Magdeburg: Allg. 800, Buckau 48,40, Sudenburg 400, Feilenhauer 45,30. Mannheim 650. Meerane 23. Meißen 10,06. Merseburg 100. Mindelheim 30. Minden 50. Mügeln 71. Mülheim a. Rh. 150. Mülheim a. d. Ruhr 25. München, Schlosser 2400. Münchenbernsdorf 16,30. Mundenheim 126,30. Muskau 52. Neckarau 241,97. Neumark i. Vgtl, 16,35. Neumühlen 80. Neu-Ruppin 30. Neusalz a. O. 7,50. Neustadt a. d. Hdt. 74,47. Neustadt i. Mecklbg. 65. Neustadt i. S. 27,95. Niedersedlitz 67,60. Nowawes-Neuendorf 75. Nürnberg: Feingoldschläger 131, Metalldrücker 250, Reißzeugindustrie 553,33. Oberrad 25,95. Oberroden 115,45. Oberschiema 40,15. Oberstein 122. Oelsnitz 23,22. Oeynhausen 16. Oldesloe 45,22. Peine 25. Pfungstadt 50. Pinneberg 18. Pirmasens 38,36. Plauen i. Vogtld. 100. Pößneck 24,94. Prenzlau 20. Prösen 100. Quedlinburg 95. Radeberg 29,90. Reichenbach i. Vgtl. 32,10. Remscheid 100. Reutlingen 70. Riesa 60. Rostock 100. Roth a. S. 122,75. Saalfeld 200. Sangerhausen 100. Selb 21,40. Suhl 42. Schildesche 100. Schleiz 34,33. Schmölln 22,30. Schöningen 35,70. Schwabach, Radler 145. Schweidnitz 60. Schwelm 40. Stralsund 25. Stuttgart: Allg. 200, Former 174,45, Gürtler 78,13, Schmiede 84,05. Belbert 100. Wandsbeck 133,52. Weimar 70. Weisenau 60. Werdau 98. Wiesbaden: Allgem. 220, Spengler 98. Wilhelmsburg 377,50. Witten a. d. Ruhr 10,95. Wolfenbüttel 46,20. Wriezen a. O. 30. Zeulenroda 97,11. Zirndorf 84,46. Zwickau 46,34. Einzelmitglieder der Hauptkasse 260. Für: Ersatzbücher 0,40. Reisehandbücher 3. Protokolle der 3. ordentl. Generalversammlung 1,20. Zinsen vom angelegten Gelde 3525,56. Zurückgezahlte Unterstützung nach § 2e 25. Zurückgezahlte Schuld von: H. Hesse, Erfurt 25,57. M. Schulze, Peine 10. P. Pinsler, Potsdam 4,30. J. Samow, Uelzen 12. Sonstige Einnahme 1.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden **dringend** gebeten, die vorstehende Quittung genau durchzusehen und etwaige Anstände sofort nach hier mitzutheilen.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Former.

Zum geplanten Formertage

schreibt uns die Braunschweiger Kommission:

Da der Formertag ein freier Kongreß sein muß und soll, müssen die Delegirten in öffentlichen Versammlungen der Former und Berufsgenossen gewählt werden. Gewählt können nur Former oder Berufsgenossen werden. Die Kommission ist ferner der Ansicht, daß die Delegirten auf dem Formertage die Zahl der von ihnen vertretenen Kollegen anzugeben haben, wie viel organisirt sind und welcher Organisation dieselben angehören. Bezüglich der Kompetenzfrage des Formertages sind wir der Ueberzeugung, daß der Formertag nicht nur berathen, sondern auch zu beschließen hat; darüber zu bestimmen ist der Formertag selbstverständlich selber kompetent. —

Auf die Anzapfungen des Herrn Redakteur Scherm in Nr. 5 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung" wird die Kommission in einem besonderen Artikel ihren Standpunkt klar legen.*)

Alt- und Neugersdorf. Der Streik bei der Firma Thiele & Lindner dauert unverändert fort. Nur einer von den streikenden Kollegen ist abtrünnig geworden. Angeblich sei ihm die Streikunterstützung von 12 ℳ nicht hoch genug gewesen. Dabei ist bemerkenswerth, daß derselbe wohl kaum 12 ℳ verdiente, wenn er selbstständig arbeitete, da er zu viel Ausschuß machte. — Diese Woche glaubte die Firma endlich wieder einen Arbeitswilligen gefunden zu haben. Herr Mutschink, der Vertreter der Firma, holte nämlich am Freitag, den 10. Februar einen Former persönlich von Haida in Böhmen ab. Sie fuhren von Haida bis Rumburg mit der Bahn. Dort wurde im Hotel zum „Hirsch" eingekehrt, gut gegessen und getrunken, und dann, als sich Herr Mutschink einigermaßen von den Strapazen des Koffertragens erholt hatte (denn Herrchen, wie derselbe nun einmal ist, half er auch dem Former den Koffer mittragen) die Reise per Landauer nach Alt- und Neugersdorf bis vor die Fabrik fortgesetzt. Dort machte ihn erst Herr M. darauf aufmerksam, daß hier gestreikt würde, da er nicht eher daran gedacht hatte. Da ging nun freilich unserem Kollegen ein Seifensieder auf, so daß er am andern Morgen statt zur Arbeit in's Streiklokal kam und nachdem er uns die Sache erzählt hatte, schleunigst wieder abdampfte. Die Firma war sprachlos. Es nützte ihr auch nichts, daß sie sogar Polizei in dessen Quartier schickte. Er war eben fort und die Firma hatte das Nachsehen. So kann es derselben noch manchmal ergehen. Die Streikenden sind aber gewillt, fest auszuharren im Kampfe bis der Sieg errungen ist, was sie durch ihre Beschlüsse in der Versammlung am Sonntag den 12. Februar bewiesen.

Cannstatt. Am 29. Januar fand hier im „Russischen Hof" eine öffentliche Formerversammlung statt. Das Thema war: „Warum können die Former des Deutschen Metallarbeiterverbandes nicht zur Ruhe kommen?" Auch beschäftigte sich die Versammlung mit verschiedenen im „Glück Auf" erschienenen Artikeln. Zu der gutbesuchten Versammlung war als Referent der Kollege Weißmann aus Stuttgart bestellt. Die Ausführungen des Redners gingen dahin, daß es im verflossenen Jahre für den aufmerksamen Gewerkschaftler wohl genügend Gelegenheit gegeben habe, sich zu überzeugen, daß so wie die Unternehmerverbände sich zusammenschließen, um das Vordringen der modernen Arbeiterorganisationen zu verhindern, es für die Arbeiter unter allen Umständen geboten ist, dasselbe zu thun, um endlich einmal aufzuräumen mit den lokalen und Branchenorganisationen, die nur von Vortheil für die Unternehmer sein können, weil fortwährend in diesen dafür gesorgt wird, daß unter den Kollegen ein gespanntes Verhältniß aufrecht erhalten wird, was ja die „Glück Auf"-Artikel und das Flugblatt von Th. Sch. (Zentralvorstand) bewiesen haben. Redner wies nach, daß gleich nach der Berliner Formerversammlung (welche lediglich zur Vereinigung der jetzt getrennt marschirenden Former beitragen sollte) der Vorstand der Zentralorganisation der Former förmlich in Extase gerieth und verschiedene Artikel schrieb, welche nicht im mindesten dazu angethan waren, ein friedliches Verhandeln der Vorstände der Metallarbeiter und des Zentralvereins herbeizuführen. Das Flugblatt, das am Schlusse einen sehr bezeichnenden und für die führenden Personen einer Organisation nicht passenden Satz fettgedruckt aufwies, hat nichts weiter bezwecken sollen als den Formern ein Gespenst vorzuführen und ihnen Veranlassung zu geben, in die allein seligmachende Organisation des Zentralvereins überzutreten. Ferner wies der Redner nach, daß die im Flugblatte angegebene Zahl der im Metallarbeiter-Verband organisirten Former nicht vom Schlußquartal 1898, sondern von 1897 herrühre. Die spezielle Organisation der Former beweise nicht im mindesten, daß die deutschen Former zu einer Branchenorganisation früher zu bringen sind als zu einer allgemeinen. Im Gegentheil, denn wenn im Jahre 1890 von 25—30,000 Formern 5072 organisirt, so müßte doch heute, da die so viel gepriesene Zentralisation vorhanden, mindestens das Vierfache vorhanden sein, da ja nicht die Rede davon sein kann, daß von Seite des M.-V. den Formern hinderlich in den Weg getreten wird, wie es die Zentralvereinler vielfach behaupten. Den Formern ist schon seit 1891 der Branchendünkel „von Oben" herab gepredigt worden; und dieses erbt sich fort wenn nur immer wieder von Zeit zu Zeit etwas Gelegenheit gegeben wird, diesen anzufachen, was gerade die Berliner Versammlung bewiesen hat. Wenn von Vereinigung gesprochen wird, so kann unter keinen Umständen daran gedacht werden, sie in einer Form zu schaffen, wie sie seiner Zeit die „Stimme aus Süden" vorgeschlagen hat. (Vorschlag Höchner.) Auch nicht auf Kartellverhältniß kann diese beruhen, sondern sie muß eine thatsächliche sein im Kampfe gegen die Gesammtorganisation des Unternehmerthums, um die bis jetzt erkämpften und noch zu erkämpfenden Positionen erhalten zu können. Die Organisationen müssen der Neuzeit angepaßt und das bislang unter den deutschen Formern bestehende mißliche Verhältniß beseitigt werden. Das könnte nur geschehen, wenn unter gewissen Bedingungen die Former des Zentralvereins dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten, nicht aber, wie verschiedene Elemente glauben, daß der M.-V. sich dem Zentralverein unterordnen soll. — Des Weiteren führt Redner an der Hand statistischen Materials an, daß die Zahl der in den Gießereien beschäftigten Personen im Flugblatt des Zentralvereins zu niedrig angesetzt sei, es könne unter keiner Bedingung danach gefragt werden, ob Former oder Hilfsarbeiter, denn weder der Vorstand des M.-V. und dessen Vertreter noch der Zentralvorstand der Former und seine Vertreter weisen bei Eintritt in die Organisation die Gießereiarbeiter zurück und ist auf Grund dessen die Gesammtzahl der in den Gießereien beschäftigten Arbeiter in Betracht zu ziehen. Im Flugblatte werde ferner mit der Zahl der Mitglieder, die im Zentralverein am Schlusse des Jahres 1898 vorhanden war, darzuthun versucht, daß der Former-Zentralverein gewaltige Fortschritte gemacht hätte und ruhig der Zukunft entgegenblicken könnte. Das könnten wohl die Former im D. M.-V. weit mehr, da zur Zeit im M.-V. 6673 Former und 744 Gießereiarbeiter organisirt sind, das macht 7417, also über 7000, was doch ein Beweis dafür ist, daß es ohne Kastengeist auch zu organisiren geht. Dann aber haben die im M.-V. organisirten Former noch über 60,000 andere Metallarbeiter direkt hinter sich. Redner kommt zum Schluß und weist darauf hin, daß es wohl an der Zeit wäre, daß man nach einer einheitlichen Form der Organisation strebe, dann wird es auch gelingen, die noch Fernstehenden der Organisation zuzuführen, und als ein Ganzes der Macht der Unternehmer entgegentreten zu können. Nicht kleinliche Standpunkte dürfen eingenommen werden, wenn die mißlichen Zustände beseitigt werden sollen. Unter Hinwegsetzung über kleinliche Dinge müsse mit aller Kraft und Energie eine Einigung zu erzielen gesucht werden. Allgemeiner Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. In der darauffolgenden Diskussion wurde das Auftreten der Zentralvereinsmitglieder den M.-Verbandsmitgliedern gegenüber gerügt. Beschlossen wurde, auch den demnächst stattfindenden Formertag zu beschicken, die Wahl aber bis später zu verschieben.

Frankfurt a. M. Am 29. Januar wurde im Lokal Oberding zu Offenbach eine öffentliche Formerversammlung mit folgender Tagesordnung abgehalten: 1. Zweck der Organisation; Referent: Ehrler. 2. Stellungnahme zum Formertag. Zum 1. Punkt betonte Referent die Nothwendigkeit der Zusammenschließung der Former und Metallarbeiter, wobei er auf die Vereinigung der Unternehmer verwies. Beim 2. Punkt waren die Meinungen sehr getheilt und geriethen die Vertreter beider Organisationen in ihren Begründungen hart aneinander. Kollege Hoffmann-Hanau sprach sogar von verschiedenen Interessen der Former gegenüber den Metallarbeitern. Arnold-Bockenheim wies demgegenüber in kurzer Erwiderung nach, daß das Klasseninteresse der Former von dem der übrigen Metallarbeiter unzertrennlich ist und

*) Dieser Artikel ist inzwischen bei uns eingegangen; wir werden ihn in nächster Nummer zum Abdruck bringen. Red.

die Former sich nur das Zusammenhalten der Unternehmer bei etwaigen Konflikten mit den Arbeitern zum Muster nehmen sollten. Es wurde hierauf folgende Resolution verlesen und angenommen: „Die heutige öffentliche Formerversammlung zu Offenbach ist zu der Einsicht gelangt, daß der Formertag, wie er von den Braunschweiger Kollegen projektirt wurde, zu früh ist; sie stellen an die Generalkommission den Antrag, einen Weg zu suchen, auf dem eine Grundlage zu einer gemeinsamen Konferenz beider Organisationen gegeben wird." — Dann wurden verschiedene Gießereizustände beleuchtet und auch das Auftreten einzelner organisirter Former getadelt; jedoch konnte dieses nicht mehr zur Debatte gestellt werden, weil die Offenbacher Former nur in geringer Zahl anwesend waren und auch die Zeit schon vorgerückt war.

Hannover. Die von verschiedenen Seiten ausgehenden Bestrebungen, eine Vereinigung der im Z.-V. und M.-V. organisirten Former herbei zu führen, sind von jedem einsichtigen Kollegen, der die Arbeiterbewegung, speziell in letzter Zeit verfolgt hat, zu begrüßen, denn manchem Uebelstand wäre abgeholfen, wenn wir alle einer Organisation angehörten. Diesen so viel Gutes versprechenden Schritt scheinen die Former Braunschweigs illusorisch machen zu wollen, denn als etwas anderes kann man die plötzliche Einberufung eines Formertages nach Gotha nicht auffassen. Derselbe soll zu Ostern, also bevor die Generalversammlung des D. M.-V. zu Halle und der Gewerkschaftskongreß in dieser Sache gesprochen haben, tagen. Wie aus Nr. 5 unseres Organs ersichtlich, sind bereits Anträge in diesem Sinne von Braunschweig und München gestellt. Sollten die Braunschweiger Former auf ihrem Vorhaben bestehen, so bin ich der festen Ueberzeugung, der Formertag geht aus wie das Hornberger Schießen. Uebrigens hätte ich so alten Gewerkschaftlern wie Wegner, Lehnert, Räupert u. s. w. reiflichere Ueberlegung zugetraut. Also wie gesagt, sollte der angeregte Formertag zu diesem Datum zu Stande kommen, die übergroße Mehrzahl, wenn nicht alle Kollegen vom M.-V. wird ihn nicht beschicken. Auch die hiesigen Kollegen haben in einer öffentlichen Versammlung beschlossen, den Formertag zu beschicken, aber wie jetzt die Sache liegt, werden sich die Kollegen vom M.-V. nicht betheiligen, bei ihnen kommt erst die Generalversammlung, in zweiter Linie erst eine Branchenzusammenkunft. Mit der Bekanntmachung in Nr. 5 der „M.-Ztg." hat der Vorstand meiner Meinung nach das Richtige getroffen, er zeigt, daß er die Hand zur Vereinigung bietet. A. P.

Konstanz. Die Differenzen bei der Firma Bächtold u. Cie. in Steckborn (Schweiz) sind zu Gunsten der Arbeiter ausgeglichen.

Nürnberg. Bei Schuckert & Co. ist am 9. Februar ein Streik der Metallformer und Hilfsarbeiter ausgebrochen. Betheiligt sind daran 57 Verheirathete und 45 Ledige. Der ursprüngliche Grund des Streiks ist die unberechtigte Entlassung eines schon 6 Jahre bei genannter Firma thätigen Formers, weil er angeblich im Akkord nicht auf seinen Taglohn kam. Daran ist jedoch nur der niedrige Akkordsatz schuld. Nachdem in den ersten zwei Tagen des Streiks bei den Unterhandlungen mit der Firma kein befriedigendes Resultat erzielt wurde, drehte sich jedoch die Sache und richteten sich die Bestrebungen der Streikenden hauptsächlich gegen den Gießmeister Pfeifer. Ein ganzer Rattenkönig von Beschuldigungen, die diesen Herrn in seiner wahren Gestalt zeigten, wurde vorgebracht und in Folge dessen nicht nur die Wiedereinstellung des gemaßregelten Formers verlangt, sondern, um einmal einen festen Frieden in dieser Bude herzustellen, auch die Entfernung des Meisters. Nicht genug, daß dieser Prachtmensch die Arbeiter Jahre lang drangsalirte, scheute er sich auch nicht, sie in der ungenirtesten Weise anzuborgen. Daß unter einem derartigen Meister sich jeder anständige Arbeiter weigert zu arbeiten, ist leicht erklärlich. Wir ersuchen unsere Kollegen allerorts, uns in diesem Kampf zu unterstützen und den Zuzug fernzuhalten.

Klempner.

Hamburg. (Sektion der Klempner.) Versammlung vom 7. Februar. Köpke erläuterte ausführlich, daß die Zwangsinnung nunmehr in Kraft getreten sei und wir zur Wahl der Gesellenausschuß-Kandidaten schreiten müßten, um nicht überrumpelt zu werden. Es sind deshalb vom Vorstande Formulare hergestellt worden, die mit 20 Namen versehen sind, wovon nach Beschluß der Versammlung 14 Mann zu wählen sind; nämlich 7 zum Ausschuß und 7 zu Ersatzmännern. Die Wahl leitet auf Antrag von N. ein 7gliedriges Komitee. Sollte die Innung einen anderen Wahlmodus vornehmen, so werden wir uns in der betreffenden Versammlung danach richten müssen. Als Kandidaten erhielten Stimmen: Köpke 137, Brüggmann 130, Dölling 121, Jakobsen 121, Näther 116, Buchk 114 und Tiedemann 99 Stimmen; Ersatzmänner: Mathiesen 99, Musfeld 94, Weidner 91, Behnke 86, Dierig 79, Schröder 74 und Borgers 74 Stimmen. — Bei der Delegirtenwahl erhielten Stimmen: Köpke 127, Schneider 117, Brüggmann 24 und Liebschen 9. Der Kassier gibt hierauf die Abrechnung vom 4. Quartal. Es sind 657 Mitglieder vorhanden. Die Einnahme der Hauptkasse ist ℳ 2243,30, die Ausgabe 2033,35, die Einnahme der Ortskasse ℳ 669,94, die Ausgabe ℳ 533,99, mithin ein Ueberschuß von ℳ 135,95. Dem Kassirer wird Decharge ertheilt. Die Abrechnung der Bibliothek ergibt eine Einnahme von 19,10 und eine Ausgabe von 18,75, mithin einen Ueberschuß von 35 ₰. Dem Bibliothekar wird gleichfalls Decharge ertheilt und der Wunsch ausgesprochen, daß die Bücher in Zukunft mehr gelesen werden wie bisher. Als Obmann der Zeitungskolporteure wird Döhring gewählt, der für den betreffenden Abend 50 ₰ Entschädigung erhält.

Metall-Arbeiter.

Berlin. Bei den am 5. Februar vorgenommenen Delegirtenwahlen wurden 1305 Stimmzettel abgegeben, von denen 87 ungiltig waren, da sie mehr als 27 Namen enthielten. Die Zahl der für die 36 Anhänger der Arbeitslosenunterstützung abgegebenen Stimmen variirt zwischen 520 und 936, die Gegner der Arbeitslosenunterstützung erhielten zwischen 236 und 286 Stimmen. Weitere 139 Stimmen zersplittern sich auf 8 Kollegen. Gewählt sind mit absoluter Majorität 26 Kollegen. Für das 27. Mandat findet die Stichwahl in der Versammlung am 19. Februar statt.

Braunschweig. Neues von der Maschinenfabrik August Wilke, Frankfurterstraße 2. Seitdem der Werkmeister Roth den Drehern die Akkordpreise reduzirt hat, ist es demselben noch nicht gelungen, einen Stamm von intelligenten Drehern zu bekommen. In der Dreherei, wo neun Dreher und drei Hobler beschäftigt werden können, haben seit ein paar Wochen nicht mehr wie 10—12 Dreher angefangen und aufgehört! Woran liegt es wohl, daß die Arbeiter bei Meister Roth nicht aushalten und gleich oder nach einigen Tagen die Fabrik mit Krach wieder verlassen? Herr Roth kann dieses durchaus nicht fassen, denn er selbst hat in seiner Zuschrift an die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung" erklärt, ein Dreher könne 50 bis 60 ₰ pro Stunde verdienen. Trotz dieses günstigen Lohnes, den Herr Roth in der „M.-A.-Ztg." anbietet, laufen aber die Dreher doch fort. Herr Werkmeister Roth ist nun schließlich auf die rettende Idee gekommen, es seien „Hetzer" und „Aufwiegler" in der Fabrik, welche die neu anfangenden Dreher aufhetzen, um die Arbeit niederzulegen, und hat in seiner Aufregung mehrere Arbeiter nach einander als Hetzer und Aufwiegler hingestellt. Einem Arbeiter hat Roth sogar vorgeworfen, er (Roth) wüßte, was der Fachverein beschlossen hätte, und er solle sich nur von demselben ernähren lassen. Wir sind nun auch der Ansicht, daß „Hetzer" und „Aufwiegler" in der Fabrik sind, Herr Werkmeister Roth hat dieselben bis jetzt aber noch nicht aufspüren können. Den schlimmsten aller Hetzer würde Herr Roth jedoch sehr leicht schnappen können, wenn er sich nur die Mühe gäbe, sich einmal im Spiegel anzusehen, dann hätte er ihn sofort beim Schlaffittchen, denn Herr Roth wird sich doch nicht einreden, daß in den Fabrikräumen vergraben wird, wie er die Löhne reduzirt, wie die Behandlung ist, die er den Arbeitern zu Gute kommen läßt usw. Der „humane" Herr Roth hat es sich jetzt sogar erlaubt, einen Arbeiter anzugreifen, ihm Ohrfeigen anzubieten, ihn erst zu beschimpfen und ihn dann aus der Fabrik zu werfen. Der Ton, den Herr Roth den Arbeitern gegenüber anschlägt, ist Arbeitern gegenüber unwürdig und steht wohl noch hinter dem auf dem Kasernenhofe üblichen. Wer die Arbeiter so behandelt, „wiegelt" sie sicher am gründlichsten auf. Ferner findet man noch einige „Hetzer und Aufwiegler" in den beiden Arbeitswilligen, die den kämpfenden Arbeitern seiner Zeit in den Rücken fielen. Ein jeder Arbeiter überlegt es sich erst zwei Mal, ob er mit solchen Leuten zusammen arbeitet. Es geht den Arbeitern so wie im Hochsommer den Spatzen, die mit hungrigem Magen über ein Weizenfeld herfallen wollen, um sich zu sättigen, aber rasch wieder davon fliegen, wenn sie die Vogelscheuche erblickt haben. Herr Werkmeister Roth schreibt auch in der „Metallarbeiterztg.", die Dreher hätten zu viel verdient, was das Geschäft nicht vertragen könne und zum Ruin führen müsse. Herr Roth glaubt dieses doch selbst nicht, denn Herr Wilke hat die langen Jahre den Drehern einen ganz anständigen Lohn gezahlt und hat noch so viel verdient, daß die Fabrik vergrößert worden ist. Ob Herr Wilke mit dem Werkmeister Roth, welcher niedrige Preise zahlt und 4—5 Drehbänke leer stehen hat, so viel verdient, ist noch sehr fraglich. Eine Drehbank soll pro Stunde dem Fabrikanten eine Mark einbringen, bei jetziger zwölfstündiger Arbeitszeit bringt dieser Ausfall pro Tag 50 ℳ und wöchentlich 300 ℳ Schaden. Jedoch nicht nur allein in der Dreherei, sondern auch in der Schlosserei ist dadurch ein bedeutender Schaden entstanden, denn sonst wurde eine Blechrichtemaschine in drei Tagen fertiggestellt und jetzt werden volle 5 Tage dazu gebraucht. Herrn Wilke als Geschäftsmann wollen wir die Beurtheilung dieser bedenklichen Situation selbst überlassen, nur wünschen wir im Interesse des Geschäfts und der Arbeiter, daß mit den wirklichen „Hetzern" und Schädlingen recht bald aufgeräumt wird.

Heiligenhaus. Den hiesigen Kollegen zur Kenntniß, daß uns der Wirth Frdr. Klemm den Stuhl vor die Thüre gesetzt hat und wir in Folge dessen wieder obdachlos sind. Um nun die hiesige Verwaltungsstelle nicht versumpfen zu lassen, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, treu zum Verbande zu halten und die Ortsverwaltung mit aller Energie zu unterstützen, damit die jetzt hier üblichen Nadelstiche wirkungslos abprallen. Die Gründe, die der Wirth für seine Praxis anführte, sind fadenscheiniger Natur und wenn wir nicht sehr irren, weht der Wind von einer ganz anderen Ecke. Darum an die Arbeit und agitirt, um dem Verbande neue Mitglieder zuzuführen.

Köln. Zum Streik in den Staffel-Fahrradwerken. Seitdem der Herr Direktor Hild seinen Einzug in die Fabrik gehalten hat, gibt es jeden Tag eine neue Verordnung. Die alte Fabrikordnung, die sehr human war, wurde von ihm vollständig außer Kurs gesetzt. Als das den Arbeitern schließlich zu bunt wurde, machten sie Herrn Hild auf das Ungesetzliche seines Vorgehens aufmerksam und zwar unter Führung der Dreher. Herr Hild versprach auch eine neue Fabrikordnung, mit der er nicht lange auf sich warten ließ. Aber wie sah diese aus! Erstens enthielt sie eine Unmenge von Strafen und dann war auch nicht ein einziger der von den Arbeitern gemachten Vorschläge berücksichtigt worden. Die Dreher weigerten sich deshalb, die neue Ordnung anzuerkennen, verlangten vielmehr die Einsetzung eines Arbeiterausschusses, was die Direktion beharrlich verweigerte. Erst als die ganze Angelegenheit in einem Konflikt auszuarten drohte, gab Herr Hild nach. Inzwischen hatte sich bei der Direktion die Meinung festgesetzt, der Drehermeister sei an Allem schuld. Er war ohnehin nicht wohlgelitten bei der Fabrikleitung, weil verschiedene Bekannte des Herrn Hild, von diesem zu Meistern gemacht, es verstanden hatten, ihn bei dem Direktor zu diskreditiren. Für Alles, was Herrn Hild wider den Strich ging, wurden die Dreher und in erster Linie der Drehermeister verantwortlich gemacht. Dem Meister wurde also gekündigt. Die Dreher wurden daraufhin bei dem Chef vorstellig und baten um Mittheilung der Gründe, die zu der Entlassung des Meisters geführt hatten. Dieses wurde von Herrn Rosenberg schroff abgelehnt, denn er sei „Herr im Hause". Daraufhin traten die Dreher in den Ausstand. Am 4. Februar wurde eine Kommission vorstellig; deren Forderungen: 1. „Wiedereinstellung des Meisters, 2. unter einem Vierteljahr darf keiner von den am Streik Betheiligten entlassen werden" — wurden jedoch abschlägig beschieden und nimmt der Ausstand also seinen Fortgang. Die Dreher sind sämmtlich organisirt. Etwaige Anfragen 2c. an C. Hecker, Köln, Zülpicherstr. 4, II.

Krefeld. Unsere Filiale hatte jetzt Gelegenheit, ihre erste praktische Thätigkeit bei Gelegenheit des Streiks bei Schrörs zu entfalten. Leider ist dieser Streik nicht vollständig zu Gunsten der Arbeiter beendigt worden. Auf jeden Fall ist aber eine Lohnreduktion verhindert worden. Es sind auch hier wieder ganz minderwerthige Arbeitskräfte gewesen, die die traurige Rolle als Streikbrecher übernommen und so die Sache zum Theil vereitelt haben. — Wir können die erfreuliche Thatsache konstatiren, daß unsere Verwaltungsstelle im letzten Halbjahr eine starke Zunahme an Mitgliedern erhalten hat. Während wir seit langem nicht weit über 50 kommen konnten, haben wir jetzt die Zahl 200 erreicht. — Die Ortsverwaltung setzt sich wie folgt zusammen. Jakob Ley, 1. Bevollmächtigter, Bernhard Rose, 1. Kassirer, Albert Ihlo, 2. Bevollmächtigter, Max Gerum, 2. Kassirer, Emil Sattler, Wilh. Paesche und Peter Hasenbach, Revisoren. — Alle Sendungen an: Jakob Ley, Dießemerstraße.

Schönebeck. In der am 22. Januar abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung referirten die Kollegen R. Nietsch als Referent und Ferd. Bender als Korreferent über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im D. M.-V. Nietsch begründete in längerer Ausführung den Antrag des Vorstandes. Bender erklärte, daß wir doch zuerst verpflichtet seien, dahin zu wirken, daß die Arbeitszeit verkürzt würde, die nöthige Aufklärung erst in die Arbeitermassen käme, dann brauchten wir uns nicht um den Ballast von Unterstützungen herumstreiten. Wir leisten der Regierung nur Vorschub, indem wir für die Opfer des Kapitalismus sorgten. Die Versammlung erklärte sich in einer Resolution für Arbeitslosenunterstützung. Bei der Delegirtenwahl erhielten Stimmen: Paschold-Schönebeck 25, Trautewein-Quendlinburg 15, Bettzieche-Bernburg 3.

Stuttgart. (Allgem.) In der am 21. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde der sehr reichhaltige Jahresbericht erstattet. Derselbe zeigte ein Bild eifrigster Arbeit. Die Mitgliederzahl ist durch Gründung einer Sektion der Gürtler etwas zurückgegangen und betrug am Schlusse des Jahres 1898 425. In die Verwaltung wurden gewählt: C. Pfeiffer als Bevollmächtigter, H. Bacher als Kassier und als Beisitzer L. Eisele, F. Kuonle, K. Gemeinder, J. Huber und A. Frank.

Wunsiedel. Am 28. Januar fand hier eine Versammlung statt. Kollege Hassel aus Nürnberg referirte über Zweck und Nutzen des Verbandes. Wir hatten zu dieser Versammlung nach Redwitz und Rößlau Einladung ergehen lassen. Von Redwitz waren auch 15 Mann erschienen, während es die Drahtarbeiter von Rößlau nicht der Mühe werth gefunden haben zu erscheinen. — Den Kollegen in Redwitz diene zur Kenntniß, daß im „Deutschen Haus" jeden Sonnabend ein Kollege zu treffen ist, der Wochenbeiträge entgegennimmt, auch können daselbst die Zeitungen abgeholt werden.

Zürich. Der Streik bei Brown, Boveri & Co. in Baden ist beendet; die Arbeiter erhielten bedeutende Zugeständnisse. (Ausführlicher Bericht über den Verlauf des Streiks in nächster Nummer. Red.) In Derendingen (Kanton Solothurn) haben 60 Arbeiter der mechanischen Schlosserei wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt.

Zinngießer.

München. In der letzten ziemlich gut besuchten Versammlung erstattete Kollege Schußmann Bericht über die südbayerische Konferenz, der mit Befriedigung entgegengenommen wurde. Aus dem Bericht des Vorsitzenden über das Jahr 1898 ist zu entnehmen, daß das verflossene Jahr ein zufriedenstellendes Resultat für uns gezeitigt hat. Die Mitgliederzahl ist bedeutend gestiegen; wir hatten zwei Unterhandlungen mit den Fabrikanten, die zum Besten der Arbeiter ausgefallen sind. Ueber die Agitation erstattete Kollege Nägele Bericht, indem er über die abgehaltenen Werkstättenversammlungen, deren Resultate und die Stimmung der Kollegen über den projektirten Angriff seitens der Fabrikanten berichtete. In die Verwaltung wurden gewählt: Carl Bollnhals, Kohlstraße 5, II, als Vorsitzender, Gg. Herzog, Reichenbachstraße 20a, IV, als Kassier, und Carl Nägele, Ludwig Schußmann und Joh. Wittmann als Beisitzer. Unter „Verschiedenem" machte der Vorsitzende auf die Werkstätte Grünwald in Bayreuth aufmerksam, die kein Eldorado für die Zinngießer zu sein scheint. Ferner wurden die Lohnverhältnisse der Kollegen in Nürnberg laut Mittheilung in Erwägung gezogen; dieser Punkt wurde für eine spätere Versammlung zurückgestellt, weil dieser Tarif erst einer besseren Zusammenstellung bedarf, um ein klareres Bild über das Verhältniß zwischen Nürnberg und München geben zu können. Von Seite eines Kollegen wurde die Zeitungskolportage angeschnitten. Er wurde aber dahin belehrt, daß es nur Faulheit der Kollegen selbst ist, wenn sie die Zeitung nicht erhalten. Dann wurde ein Schreiben verlesen, welches dahin zielte, den Beschluß der Generalversammlung des Kranken-Unterstützungsvereins wieder aufzuheben. Im Interesse der Sache bezw. der jetzt brennenden Frage betreffs Unterstützungswesen innerhalb der Organisation finde ich es für nothwendig, die Allgemeinheit von unserm Vorgehen zu unterrichten. Es besteht in München schon seit 1885 eine Krankenkasse der Zinngießer, die sich auch während dieser Zeit bedeutend erweitert hat. Zirka 80 Proz. der Mitglieder sind in der Sektion der Zinngießer organisirt. In der letzten Generalversammlung wurde unsererseits der Antrag gestellt, dem Verein seine Selbstständigkeit zu nehmen und ihn als eine Lokalunterstützungskasse der Organisation zu betrachten, in demselben Sinne wie unsere Arbeitslosenunterstützung, die wir bereits seit 2 Jahren mit einem wöchentlichen Beitrag von 5 ₰ führen. Die Zinngießer Münchens sind eben im Gegensatz zum Kollegen Dejung-Frankfurt a. M., welcher glaubt, daß zu viel Unterstützung unsere Organisation als Widerstandsorganisation zu Tode kurirt, der Meinung, daß nur durch das Unterstützungswesen die Kollegen dauernd an die Organisation gefesselt werden können. In Folge dessen wurde auch obiger Beschluß gefaßt und die Kranken-Unterstützungskasse als Bindemittel der Organisation in den Vordergrund gestellt. Weil wir wissen, daß wir auch noch andere Aufgaben zu erfüllen haben, weil wir wissen, daß zur Erfüllung dieser Aufgaben organisirte Leute gehören, und weil wir ferner wissen, daß man die Leute nur organisiren kann, wenn man ihnen etwas bietet, wenn man sie nicht so mit Glacehandschuhe anzufassen braucht, deswegen haben wir so gehandelt. Selbstverständlich ist, daß den Nichtorganisirten ihre bis jetzt innegehabten Rechte nicht berührt werden. Genanntes Schreiben wurde zur Diskussion gestellt und die Ansicht dahin kund gegeben, daß nur im Interesse der All-

gemeinheit gehandelt wurde und der Vorsitzende beauftragt, in diesem Sinne den Schreiber zu unterrichten.

Feilenhauer.

Neuß a. Rh. Die Feilenarbeiter von Neuß a. Rh. und Umgegend haben auch einmal sich bewogen gefühlt, etwas von sich hören zu lassen. Es sind hier beschäftigt 19 Gehilfen, wovon 9 der Düsseldorfer Sektion angehören. Es sind hier 4 Feilenhauereien, eine mit Dampfbetrieb. Im Dampfbetrieb arbeiten 15 Hand- und 3 Maschinenhauer, von den Handhauern sind 9 organisirt, von den Maschinenhauern keiner. Unter den Unorganisirten ist ein Feilenhauer Namens Dahm, der den Anbringer bei seinem Arbeitgeber über seine Nebenkollegen spielt. Unsere Arbeitszeit ist von 7 Uhr Morgens bis Mittags ohne Pause, Nachmittags von 1 Uhr bis 4 Uhr, dann von halb 5 Uhr bis 7 Uhr Abends. Unsere Akkordpreise sind im Verhältniß zu den andern noch sehr schlecht. — Wir könnten noch Mißstände in den hiesigen Werkstellen zur Sprache bringen, z. B. von Kaiser, aber da augenblicklich zwei Kollegen mit Kaiser vor Gericht liegen, wollen wir die Entscheidung erst abwarten. Sehr hemmend ist der Lokalmangel für die Metallarbeiter-Organisation, deshalb ist hier keine Zahlstelle vorhanden. Die Holzarbeiter, die ein kleines Lokal hatten, wurden am 21. Januar, wo sie eine öffentliche Versammlung anberaumt hatten, plötzlich an die Luft gesetzt. Da wir nun einsahen, daß wir so nicht lebensfähig werden, haben sich sämmtliche organisirte Kollegen nach Düsseldorf angemeldet und dasselbe ist auch der Fall mit den anderen Metallarbeitern. Es sind hier an 1500 bis 2000 Metallarbeiter beschäftigt, wovon 3 bis 400 weibliche. Aber Kollegen aller Branchen, nicht den Muth verlieren, sondern muthig vorwärts! muß unsere Losung sein. Vorläufig finden Zusammenkünfte in Neuß bei Spirz und in einem Lokal, welches Hölle genannt wird, statt. Dort trifft man jeden Sonntag Kollegen aller Berufe an und von den beiden Wirthen wird auch Auskunft gegeben.

Zürich-Winterthur. Wir fühlen uns veranlaßt, da in letzter Zeit verschiedene Kollegen Deutschlands mit den hiesigen Arbeitsbedingungen sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben, unsere 1891 vereinbarten Arbeitsbedingungen mitzutheilen. Dieselben gelten in der deutschen Schweiz allgemein und bitten wir dringend, dieselben einzuhalten. Bastardfeilen: Gewicht: Hand- und Maschinenfeilen per Kilogram 15 Cts., halbrunde, runde, dreikantige per Klg. 22 Cts. Strohfeilen: drei-, vierkantige, flache, per Meter 70 Cts., Vogelzungen: rund, halbrund, per Meter 75 Cts. Schlichtfeilen: drei- und vierkantige, flache, per Meter 1.10 Frc. Vogelzungen: rund und halbrund, per Meter 1.20 Frcs. — Das Umschauen in Zürich und Umgebung ist untersagt. Alle Anfragen beantwortet

Ed. Braun, Zürich III, Kanonengasse 31, III.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter
(E. H. 29, Hamburg).

Bekanntmachung.

Die örtlichen Verwaltungen unserer Kasse machen wir darauf aufmerksam, daß der Versandt von neuen Instruktionen, Adressenverzeichnissen und zwei Zirkularen beendet ist; sollte eine Filiale solche nicht erhalten haben, ersuchen wir, sofort bei uns zu reklamiren.

Hamburg, im Februar 1899.

Der Vorstand.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Altona. Montag, 20. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Christiansen, Blumenstr. 41.

Augsburg. Samstag, 25. Febr., Abends 8 Uhr, im „Blauen Bock". Vortrag.

Bamberg. Samstag, 25. Februar. — Bibliotheksbücher sind einzuliefern.

Berlin. Ordentliche General-Versammlung. Sonntag, 19. Febr., Vorm. 10 Uhr, in Morten's Festsäle, Friedrichstr. 236. Kassenbericht, Jahresbericht, Wahlen zur Ortsverwaltung. Stellungnahme zum 1. Mai. An den Vorstand gelangte Anträge und Vornahme einer Stichwahl. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Die Vertrauensleute sind verpflichtet, allen Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszuhändigen. Jedes Mitglied erhält beim Eintritt einen gedruckten Stimmzettel, bezüglich hat einen solchen zu fordern. Spätere Reklamationen können nicht berücksichtigt werden. Der Stimmzettel enthält die Namen der zwei zur Stichwahl stehenden Kandidaten. Von diesen beiden Namen ist einer zu streichen. Jeder Zettel, welcher mehr als einen Namen oder einen anderen als den vorgedruckten enthält, ist ungiltig. — Die Wahl beginnt um 10 Uhr und wird punkt 11 Uhr geschlossen. — Wer 8 Wochenbeiträge restirt, ist nicht wahlberechtigt und hat keinen Zutritt, desgleichen haben Mitglieder anderer Verwaltungsstellen keinen Zutritt.

Berlin. Versammlung der chirurgischen Branche Dinstag, 21. Febr., bei Buske, Grenadierstr. 23.

Berlin. Vertrauensmännerkonferenzen: Für den **Süden:** Mittwoch, 22. Febr., bei Rautenberg, Oranienstraße 180. Für den **Osten:** Sonnabend, 25. Februar, bei Wiedemann, Friedenstr. 67. Für **Charlottenburg:** Sonnabend, 25. Febr., bei Pasche, Potsdamerstr. 44.

Bochum. Sonntag, 19. Febr., Vormittags 10 Uhr, bei Wirth Förster, Moltkeplatz.

Darmstadt. Unsere Versammlungen finden jeden 1. und 3. Samstag im Monat in der Zentralherberge („Gold. Pfau"), große Ochsengasse 15, statt.

Driesen. Sonnabend, 18. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Aug. Mäckler.

Duisburg. (Allg.) Sonnabend, 25. Febr., Abds. halb 9 Uhr, in den „Drei Kronen".

Düsseldorf. (Allg.) Samstag, 18. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Prevoo, Leopoldstr. 34. Vortrag: Fortsetzung über Wunder im Weltall. Bericht der Kommission.

Eisenach. Freitag, 17. Februar. Vortrag: Die Zuchthausvorlage.

Erfurt. (Sektion der Klempner.) Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. bei Wirsching, Allerheiligenstr. 6. Außerdem Sonnabend Lage-Abend.

Finsterwalde. Sonnabend, 25. Febr., Abends halb 9 Uhr, im „Stern".

Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 18. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im „Erlanger Hof". Bericht der Agitationskommission. Fortsetzung des Vortrags über Nansens Nordpolfahrt. Ausschuß für Volksvorlesung.

Frankfurt a. O. Am 25. Februar. Stellungnahme zum Gewerkschaftshaus.

Freiburg i. B. (Allg.) Samstag, 18. Febr., Abends 8 Uhr, bei Schwanke. Bekanntmachung des Wahlresultats der 24. Wahlabtheilung.

Görlitz. Montag, 20. Febr., Abends halb 9 Uhr, im „Felsenkeller", Sonnenstraße. Vortrag des Genossen Heilbronn über: Auskunftsbureaus.

Hamburg. (Allgemeine Verwaltungsstelle.) Mitgliederversammlungen: Schlosser: Dinstag, 21. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — Werftarbeiter: Dinstag, 21. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Seelig, Zeughausmarkt 31. — Distrikt Eilbeck: Dinstag, 21. Februar, Abds. halb 9 Uhr, bei Friedmann, Wandsbecker Chaussee 128.

Hannover. (Allg.) Sonnabend, 4. März, Abends halb 9 Uhr, im Saale des „Ballhofes".

Harburg. Sonnabend, 25. Febr., Abends halb 9 Uhr, im Lokal von Lüssenhop.

Höchst a. M. Mittwoch, 22. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im „Vogel-Rock", Humboldstr. 1.

Kalk. Am 18. Februar.

Karlsruhe. (Allgem.) Samstag, 18. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Kalnbach, Kaiserstr. 13.

Karlsruhe. (Sektion der Blechner und Installateure.) Samstag, 18. Febr., Abds. 8 Uhr, in der „Wacht am Rhein". Bericht von der Bauhandwerkerkonferenz.

Karlsruhe. (Sektion der Schmiede.) Samstag, 18. Februar, Abends halb 9 Uhr, in der „Eiche", Augartenstraße.

Linden. (Allg.) Sonnabend, 18. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Sonnemann, Göttingerstr. 60.

Ludwigsburg. Samstag, 18. Febr., Abends halb 9 Uhr, im „Schwanen".

Mehlis. Sonntag, 26. Febr., im „Lindenhof".

Mundenheim. Jeden letzten Samstag im Monat. Nächste am 25. Februar.

Geisnitz i. V. Am 18. Febr., im „Bergschlößchen".

Peine. Sonnabend, 18. Febr., Abends halb 9 Uhr.

Pforzheim. Samstag, 18. Febr., Abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Löwen". Agitation: Das Koalitionsrecht der Arbeiter betreffend. Bericht vom Gewerkschaftskartell. Bericht von der Bauhandwerker-Konferenz in Karlsruhe. Abrechnung von der Abendunterhaltung.

Rostock. Sonnabend, 25. Febr., in der „Warnowhalle". Stichwahl zur Generalversammlung.

Schwäb.-Gmünd. Samstag, 18. Febr., Abends 8 Uhr, im „Löwen". Berichterstattung von der Landeskonferenz.

Stuttgart. (Allg.) Samstag, 18. Febr., im „goldenen Bären", Eßlingerstr. 17—19.

Stuttgart. (Sekt. der Flaschner.) Samtsag, 25. Febr., Abends 8 Uhr, im „Gold. Bären". Gewerkschaftsberichte.

Stuttgart. (Sektion der Güriler, Metallschleifer ꝛc.) Samstag, 25. Febr., bei Eger, Silberburgstr. 154. Stichwahl zur Generalversammlung.

Stuttgart-Ostheim. Sonntag, 19. Febr., Vormittags halb 11 Uhr, in **Gaisburg,** Restaurant zum „Felsenkeller". — Samstag, 25. Febr., Abends 8 Uhr, im „Volksgarten" zu Ostheim. **Stichwahl zur Generalversammlung.**

Weißenfels. Sonntag, 26. Febr., Nachm. 3 Uhr, in „Stadt Naumburg".

Augsburg. Der Kesselschmied Franz (Louis) Lutz, geb. 7 November 1867 zu Chemnitz, eingetr. am 25. April 1896 zu Augsburg, H.N. 117,977, wird dringend ersucht, seinen Verpflichtungen gegen die hiesige Filiale nachzukommen.

Chemnitz. Um die Adresse des Feilenhauers Rudolf Schneider aus Breslau, zuletzt in Chemnitz in Arbeit, wird ersucht. Robert Kube, Hainstr. 39.

Dessau. Sämmtliche Bibliotheksbücher sind am 20. d. Mts. abzuliefern.

Dresden. Der Klempner Joh. Späth, Nr. 138,744, geb. in Pleß am 29. April 1878, wird gebeten, sofort seine Adresse an den Bevollmächtigten J. Hoffmann, Wettinerstr. 39, IV, wegen einer Prozeßsache mitzutheilen. Alle Verwaltungen werden gebeten, uns behilflich zu sein.

Frankfurt a. M. Der Klempner Karl Frank, geb. am 9. Januar 1879 in Hamburg, H.N. 212,173, eingetr. in Duisburg, wird ersucht, seine Adresse an den Kassirer der Allgem. Verwaltung: Fr. Siegel, Schopenhauerstr. 6, II, einzusenden.

Frankfurt a. O. Bruno Seidel, eingetr. am 3. Dezember 1898, abgereist am 19. Januar 1899 von Frankfurt a. O., B.N. 248,447, wird ersucht, seine Adresse sofort der Zahlstelle Frankfurt a. O. zukommen zu lassen, da es sich um seine persönliche Ehre handelt.

Hannover. (Allg.) Das Mitgliedsbuch Nr. 130,257, lautend auf den Schlosser Richard Lewin, geb. 8. Mai 1874 zu Dolzig, eingetr. 1. Januar 1899 in Berlin, ist hier einem Reisenden abgenommen. Der Inhaber möge sich melden.

Linden. (Allgem.) Am 15. Februar eröffneten wir bei Sonnemann, Göttingerstraße 60, gemeinschaftlich mit den Formern eine Herberge für Linden und glauben wir den durchreisenden Kollegen damit entgegenzukommen, insbesondere da wir auch ein Lokalgeschenk verabreichen.

Meerane. Adresse des Bevollmächtigten: Bruno Schubaud, Klempner, Heinrichstr. 33, p. An- und Abmeldungen sind bei Obigem an Werktagen von 12—1 Uhr Mittags und 7—8 Uhr Abends, Sonntags von 12—2 Uhr Mittags zu machen. — Zentralherberge und Verbandslokal „Thüringer Hof", Rothenberg.

München. Ich ersuche um die Adresse des Metallschlägers Josef Zib, Haupt-Nr. 280,300.

Hans Ischinger, Lothringerstr. 26, III.

Nürnberg. (Sektion der Former.) Ich ersuche den Former Karl Frederiksen aus Arhus (Dänemark), H.-N. 177824, mir seine Adresse anzugeben wegen wichtiger Angelegenheit.

Ad. Gentz-Ettrich-Rätz, Bevollm., Glaishammer 179.

Nürnberg. Die Adresse des Bevollmächtigten der Zinngießer ist: Hans Meuna, Findelwiesenstr. 27, III.

Rostock. Der Schlosser Rudolf Meier, geb. am 17. August 1878 zu Gartz, eingetr. unter Nr. 275,509 am 13. August 1898, wird hiedurch aufgefordert, das von der hiesigen Bibliothek entnommene Buch: „Die Geschichte der Erde" zurückzuliefern.

Ulm. Das Reisegeld wird bis zum 19. Februar im „Gasthaus zum Stern", Mittags 12—1 Uhr, und vom 19. Februar ab im Gasthaus zur „Breite", Breitegasse, in den gleichen Stunden ausbezahlt.

Freie Vereine.

Döbeln. (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 25. Febr., Abends halb 9 Uhr, in der „Muldenterrasse".

Gestorben.

In Hamburg Johannes Scheel an der Schwindsucht, 25 Jahre alt. — In Neuwied am 6. Februar der Silberpolirer August Wetzel aus Altheim (O/A. Ulm) an Kehlkopfschwindsucht im Alter von 23 Jahren.

Oeffentliche Versammlungen.

Bochum. Sonntag, 19. Febr., Nachmittags 4 Uhr, bei Wirth Bielemeier in Gelsenkirchen, Vereinsstraße, öffentliche Metallarbeiterversammlung. Vortrag des Kollegen Honrath-Kalk über: Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation.

Cannstatt. (Sektion der Schmiede u. v. B.) Samstag, 18. Febr, Abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung im „Russischen Hof" (kleiner Saal). Vortrag von Koll. Weißmann-Stuttgart über: Die wirthschaftliche Lage der Metallarbeiter und ihre Organisation.

Dessau. Montag, 20. Febr., Abends halb 9 Uhr, in „Eilenbergs Salon" öffentliche Metallarbeiterversammlung. Vortrag von Redakteur Rudolph-Erfurt: Ist es uns ernst mit der Arbeitszeitverkürzung? — Die Mitgliederversammlung am 25. Februar fällt aus.

Dresden u. Umgegend. Dinstag, 21. Febr., Abends 9 Uhr, öffentliche Versammlung in Pieschen, Torgauerstraße. Jahresabrechnung und Bericht über die Thätigkeit des örtlichen Vertrauensmannes. Die Handwerkervorlage und die Bedeutung der Gesellenausschüsse. Gewerkschaftliches (Beschickung des Bauarbeiter-Kongresses). — Die Versammlung am 28. Februar im „Trianon" fällt aus.

Hannover. Montag, 27. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Wedemeier, Lister Höfestraße, öffentliche Metallarbeiterversammlung. Referent: Kollege Behle.

Hainholz. Dinstag, 21. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Schünemann. Vortrag. Referent: Kollege Behle.

Potschappel. Sonntag, 26. Febr., Vormittags 11 Uhr, öffentliche Versammlung im „Deutschen Haus", Potschappel. Näheres in der „Sächs. Arb.-Zeitung".

Reichenbach i. V. Sonntag, 19. Febr., öffentliche Metallarbeiterversammlung. Arbeitslosenunterstützung. Landeskonferenz.

Stettin u. Umgegend. Sonntag, 26. Febr., Nachm. 3 Uhr, bei Kersten (Englischer Garten), Ecke Heinrich- und Zabelsdorferstraße, öffentliche Klempner- und Rohrleger-Versammlung. Die Lage der Klempner u. Rohrleger Stettins. Referent: Massatsch-Berlin. Wie stellen sich die Klempner zu den Entlassungen bei einzelnen Meistern?

* * *

In nachfolgenden Orten findet **öffentliche Versammlung** statt mit dem Referenten Redakteur Rudolph-Erfurt:

Hildesheim. Sonntag, 26. Febr., Nachmittags 3 Uhr, bei Wolf.

Peine. Montag, 27. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Schumacher.

Linden. Dinstag, 28. Febr., Abends halb 9 Uhr, im „Posthorn".

Hannover. Mittwoch, 1. März, Abends halb 9 Uhr, im „Ballhof".

Alfeld. Donnerstag, 2. März, Abends halb 9 Uhr, im „Tivoli".

Privat-Anzeigen.

Gesucht:

Ein tüchtiger solider Arbeiter, der im Drehen und Schlossern gut bewandert ist bei
26] **B. Weber in Däbendorf,** Schweiz.

27] **Mehrere tüchtige Schlosser** (militärfrei), die am Feuer arbeiten können, finden dauernde Stellung. Bevorzugt werden solche, die auf Studentenschläger gearbeitet haben. **Emil Lüdke,** Jena.

Tüchtiger Schnittbauer
für dauernde, angenehme Stellung gesucht von [28
Georg Hamann, Weida S.-W.

Einen **Siebmachergehilfen** sucht
29] **F. Baumeister,** Nürnberg, Rosengasse 7.

Michael Suckfüll, bitte theile Deinen besorgten Eltern Deine Adresse mit. Die Genossen oder die Zahlstellen werden darum ersucht. [30
Silverius Suckfüll, Nürnberg, Keßlerstr. 43, Hth8.

Fachschriften u. Lehrbücher
für Handwerker u. Gewerbetreibende.
Katalog gratis u. franko.
JOH. SASSENBACH, Bücher-Versand BERLIN [19

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur J. Scherm in Nürnberg. — Druck und Verlagsexpedition Wörlein & Comp. in Nürnberg.